

Missbrauch im Kinderheim: Falltür auf, Kind rein, Falltür zu

Reportage Sabine Wallinger, 8.12.2018

Für Heidi F. war die Zeit im Mädchenheim Martinsbühel der Benediktinerinnen ein Martyrium

Rettung aus höchster Not

Wie es die Legende will, hatte sich Kaiser Maximilian I. im Jahre 1484 bei der Gämsenjagd so hoch in die schroffe, ja überhängende Martinswand nahe Innsbruck verstiegen, dass er am Ende weder vor noch zurück wusste. Verzweifelt blickte er auf sein Jagdschloss im Tal unter ihm, von wo ihm ein Pfarrer per Handzeichen die Letzte Ölung erteilte. Eine Schar Untertanen hatte sich dort unten versammelt und sah zu ihrem Kaiser hinauf, seine Gebete sanken auf sie hinab und noch mehr stiegen von unten empor. Nach tagelangem Ausharren hatte sich Maximilian schließlich bereits in den unausweichlichen Tod gefügt, doch da nahte überraschend die Rettung in Gestalt eines einfachen Bauernburschen, der ihm den sicheren Abstieg wies. Als der Kaiser unter dem Jubel der Menge im Tal angelangt war, verschwand der junge Mann im Gedränge. Es musste ein Engel gewesen sein, der den frommen Herrscher für seine Gottesfurcht mit dem Leben belohnt hatte. Aus Dankbarkeit ließ Maximilian wenige Jahre später an ebenjener Stelle, hoch über dem Martinsbühel, eine Grotte in den senkrechten Felsen schlagen und ein großes Gedenkkreuz anbringen. Auch ein steinernes Denkmal an der Bundesstraße von Innsbruck nach Zirl erinnert an die dramatische Episode samt glücklichem Ausgang. Zur Maximiliansgrotte führt heute ein gesicherter Steig durch die Martinswand, für den der Wanderer weder Kletterausrüstung noch Engel benötigt. Von dort oben lässt man den Blick über Unter- und Oberinntal schweifen, senkt ihn vielleicht kurz auf den Martinsbühel hinab, wo Maximilians Jagdschloss heute noch steht: St. Martinsberg, der Palas einer mittelalterlichen Burganlage, ein mehrstöckiges Gebäude mit dicken Steinmauern und kleinen Fenstern. Seine Kellergewölbe sind in einen Felsen gehauen, der an einer Engstelle zwischen Inn und Martinswand gut dreißig Meter hoch aufragt. Eine Insel in der Au. Vielleicht ist der Block in Urzeiten aus der Martinswand herausgebrochen, was deren Überhang erklären würde. Im Burghof steht eine gotische Kapelle, angeblich die älteste Kirche Nordtirols. Ringsum ein paar neuere Gebäude ohne kunsthistorischen Wert, nach deren Zweck kein Wanderer fragt. Und ein Bauernhof inmitten sanfter Wiesen und Felder, die ostwärts in antiken Steinterrassen zum Inn hinunter abfallen. Eine Idylle. Doch war da nicht noch etwas? Gab's da nicht so ein berüchtigtes Heim für schwererziehbare Kinder? Oder war's auch nur eine Sonderschule? Oder beides? Sind die noch in Betrieb? Genaues weiß der Wanderer nicht und genießt lieber die spektakuläre Aussicht.

Wo die ganz schlimmen Kinder waren

Mit Heidi F., einer ehemaligen Heiminsassin, begeben wir uns in die jüngere Vergangenheit und zugleich in ein Paralleluniversum, abgeschottet von der Außenwelt. Die Galaxie heißt "christliches Fürsorgewesen" und ist ein angestammter Wirtschaftszweig der katholischen Kirche. Ihr Planet Martinsbühel, einst von Außerirdischen bewohnt, ist mittlerweile erloschen. Ich bin in meinem Leben, ohne ihn wahrzunehmen, zahllose Male daran vorbeigefahren, ein paar Kilometer westlich von Innsbruck, als Skifahrerin, Langläuferin, Ausflüglerin, Reisende oder Heimkehrende, erst auf der Bundesstraße auf dem Rücksitz im Auto meiner Eltern, später auf der Autobahn im eigenen Auto, bald mit meinen Kindern auf dem Rücksitz. Als ich klein war, wurde mir gesagt, dort seien die "ganz schlimmen Kinder" eingesperrt. In meiner Erinnerung bildete der seltsame Hügel eine Insel im Inn. So eine Art

Tiroler Mont-Saint-Michel. Heute bin ich ganz erstaunt, dass das ehemalige Mädchenheim der Benediktinerinnen von 1947 bis 2008 bestand. Geografisch wäre es all die Zeit zugänglich gewesen, doch zur Zeit ihres Bestehens war die Mädchenburg Sperrgebiet. "Klein-Alcatraz" nannten sie ihre Insassinnen. Erstmals habe ich nun diese nahe, fremde, kalte Insel betreten, von der aus betrachtet alles mir bisher Vertraute schlagartig zur "Außenwelt" wird. Zwar höre ich hier noch das gewohnte Verkehrsrauschen von Autobahn und Bundesstraße, Inntal- und Karwendelbahn. Ich sehe den Inn, die Martinswand mit ihrer Grotte, über uns baumeln angeseilte Kletterschüler mit Karabinern und Helm, doch plötzlich scheint mir das alles unendlich weit entfernt. Für die Heimkinder war die Außenwelt unerreichbar, obwohl sie ihnen täglich vor Augen stand. Sie lebten in einer Blase, gespeist aus einer dunklen Matrix mit dem Ziel, den Mädchen das Böse auszutreiben, es aus ihnen herauszubeten, herauszuschinden, herauszuprügeln, herauszuhöhnen. Heidi und ich haben uns zum Lokalaugenschein auf den Martinsbühel begeben, den Schauplatz des Verbrechens. Begangen an ihr und hunderten anderen Mädchen und Frauen aus Tirol und anderen Bundesländern. Für Heidi geht es um acht Jahre ihres Lebens, in Summe geht es um tausende Jahre ungezählter menschlicher Leben. Um jegliche Form der Gewalt, der Ausbeutung, der Vernachlässigung und der Demütigung. Gemäß UN-Definition geht es schlicht um Folter. Aber auch "nur" um Betrug und banalen Diebstahl. Heidi hat es sich zum Ziel gesetzt, ihre ehemaligen Leidensgenossinnen aufzuspüren und zu vernetzen. Im Jahr 2004 hat sie Strafanzeige wegen Kindesmisshandlung erstattet, dafür 126 mitinhaftierte Zeuginnen benannt, doch die Erhebungen wurden wegen Todes oder Verhandlungsunfähigkeit der Beschuldigten, wegen Verjährung und mangels Beweisbarkeit noch im selben Jahr eingestellt: Die Staatsanwaltschaft hatte keinen weiteren Grund zur Verfolgung gefunden. Zu einem Verfahren kam es nie. Heidi, gesund geboren, hat sich ihre 70-prozentige Behinderung nicht selbst zugefügt. Was wurde ihr angetan? Da blühen die Blumen besonders schön. Wir stehen auf dem Vorplatz des Benediktinerinnen-Mädchenheims Martinsbühel. Erdrückend hängt die Martinswand über uns, drohend ragt Kaiser Maximilians Steinschloss vor uns auf. Hohes graues Gemäuer. Dort, im Haupthaus der Anlage, der kirchlichen Geschlechterordnung entsprechend, residierten im Obergeschoß die seelsorgenden Patres und Fratres, für deren leibliches Wohl das weibliche Gesinde sorgte. Zu ebener Erde befand sich das Versorgungszentrum: Großküche, Vorratsräume und Waschküche, wo die Mädchen wie Erwachsene arbeiten mussten: geschlachtetes Vieh zerteilen, Kartoffeln schälen, Gemüse und Obst verarbeiten, Essen kochen, Speisen servieren, Geschirr waschen, Herd und Inventar putzen, Böden schrubben. Dazu kam die Wäsche für rund 200 Personen, Heimkinder und Ordensleute. Es brauchte im Mädchenheim weder Küchen-, Reinigungs- noch Pflegepersonal. Jedenfalls kein bezahltes. Denn für alle Arbeiten, selbst die schwersten, waren die Mädchen zuständig, die schwer erziehbaren, in der Küche und auf den Feldern, auch als Pflegerinnen der Behinderten und als Betreuerinnen der kleineren Kinder. Den geistlichen Schwestern oblag nur das Bewachen, Bestrafen und Beten. Mithilfe des klostereigenen Bauernhofs konnte der Orden das Heim als Selbstversorgungsbetrieb führen, wobei die Benediktinerinnen aus erzieherischen Gründen eine Rückkehr in vorindustrielle Zeiten anstrebten. Als Scheuerpulver wurde Sand vom Inn in Kübeln herbeigeschleppt. Kraut wurde geraffelt und in Bottichen zum Säuern angesetzt, Obst und Gemüse händisch zerkleinert, Klopapier mit Messern aus alten Zeitungen zurechtgeschnitten. Die Jauchegrube musste von den Mädchen mit einer langstieligen Kelle ausgeschöpft und ihr Inhalt mit Schubkarren auf die Felder verteilt werden. Im Gegenzug wurden trockene Kuhfladen von den Wiesen gekratzt und als Brennstoff verwendet. Obwohl es eine Waschmaschine gab, mussten die Mädchen die Weißwäsche mit bloßen Händen rubbeln, waschen, spülen, wringen und aufhängen, bis die Haut aufquoll und platzte. Aus zerschlissenen Bettlaken wurden Monatsbinden hergestellt, indem die Mädchen Stoffbahnen in mehreren Schichten übereinandernähten. Auch diese Binden mussten sie händisch waschen und für alle sichtbar zum Bleichen an die Leine

hängen. Das Blutwasser wurde als Gartendünger genützt, "denn da blühen die Blumen besonders schön". Nichts durfte verkommen. Bis auf die Kinder.

Wäschenummer 169

Wir wenden uns ab vom Steinpalast mit seinen Küchen, Kartoffelkellern und Kemenaten und überqueren den Kirchplatz der Burganlage, umgrenzt von langgestreckten zweistöckigen Schlaf-, Wohn- und Verwaltungsblocks. Seit 2008 stehen sie leer und verfallen, mit ihrer breiten Eingangstreppe samt nachträglich angebrachter Rollstuhlrampe. Mit Hofer, Haspinger, Tiroler Adler und goldenen Heiligenbildern an der Fassade. Mit dem kreidenen C-M-B über den Eingängen. Hier waren die Büros der Leitschwester, die Speisesäle für die Kinder, ein paar Toiletten, eine kleine Sanitäreanlage und vor allem viele Schlafsäle untergebracht. Pro Schlafsaal über dreißig Betten, in Viererreihen, Kopf an Fuß, Fuß an Kopf, ohne Zwischenraum, ohne Ablage oder gar Nachtkästchen für die Kinder. Die brauchten sie nicht, denn jegliches Privateigentum, ob Kuschtiere, andere Mitbringsel oder private Kleidungsstücke, nahm man ihnen bei der Einlieferung ab. Die Kleidung wurde von den Schwestern zugeteilt, ob sie passte oder nicht. Heidi lief unter der Wäschenummer 169. Der Vorname wurde ihr aberkannt, der Geburtstag (als "heidnisch") gestrichen. Privatsphäre war ein Fremdwort. Die Überwachung funktionierte lückenlos. In jedem Schlafsaal übernachtete eine Nonne in ihrem Alkoven hinter einem Brettverschluss mit Vorhang. Vor dem Einschlafen patrouillierten zwei Nonnen durch die Reihen, um zu überprüfen, ob alle brav das halbstündige Nachtgebet mitsprachen. Schief ein Kind dabei ein, wurde es mit Stößen oder dem Schlüsselbund geweckt. Am wichtigsten: Hände auf die Bettdecke. Zur Masturbations-Prophylaxe wurden die Finger der Verdächtigen mit Tinte markiert und morgens die Geschlechtsteile nach Farbspuren untersucht. Dabei gehörten vaginale "Kontrollbohrungen" mit der Hand oder dem Stiel der Sanitäreisungspumpe zur Routine. Die Decken stammten noch aus amerikanischen Militärbeständen, die Matratzen waren alt, schadhaft und uringetränkt, die hygienischen Zustände insgesamt gesundheitsgefährdend. Ein einziges Pinselchen zur Mundfäulebehandlung für alle Kinder. Zahnpasta ein Luxus. In den acht Jahren ihrer Verwahrung durfte Heidi dreimal die Zahnbürste wechseln. Ihr Gebiss ist heute ruiniert. Duschen mit warmem Wasser war als körperfreundlich verpönt, dafür gab es eiskalte Güsse als Form der Bestrafung. Baden durften die Mädchen nur alle vierzehn Tage (trotz körperlicher Schwerarbeit), in wadenhohem, lauwarmem Wasser, sieben Kinder pro Wanne. Die Haarwäsche, noch seltener, erfolgte in Bottichen im Freien. "Du kannst dir nicht vorstellen, wie wir gestunken haben", sagt Heidi. "Alles hat gestunken. Nach Schweiß, Dreck, Kotze, Urin, Kot. Vor allem wir selber stanken. Wir hatten alles: Zahnfäule, Mundfäule, Krätze, Pilze, Würmer, Läuse. Das Jucken am ganzen Körper, vor allem im Genitalbereich, war unerträglich. Doch sobald wir uns kratzten, setzte es Schläge, weil wir uns nicht berühren durften. Nicht einmal zum Waschen. Das besorgten die Nonnen. Wir mussten uns in einer Reihe anstellen und warten, bis sie uns abrieten. Oft mit der Nagelbürste, bis zum Wundsein." Dabei trieben die Nonnen gerne ihre Späße mit den Brüsten der Mädchen. Weibskörper, Teufelszeug, aber lustig war's doch.

Was geschah mit Elli P.?

Ich irre mit Heidi durch die vielen Säle, treppauf, treppab. Heute stehen hier keine Betten mehr, doch sonst ist alles wie damals. Abgestandener Geruch, schäbige Plastikböden, kalte Heizkörper, die schon damals nicht aufgedreht waren, schlecht schließende Fenster, oft vergittert, pro Saal ein kleines Wandregal für über dreißig Kinder, der Verschluss für die Aufsichtsunne, ein Kreuzabdruck an der Wand. Nur stiller ist es heute, gespenstisch still. Wobei es auch damals nicht laut zugeht: Für die Mädchen bestand generelle Schweigepflicht

bis auf knapp bemessene Sprechzeiten. Nur die Behinderten schrien und röchelten oft die ganze Nacht, schlugen mit dem Kopf gegen das Bettgestell, was auch bei "gesunden" Kindern vorkam (Hospitalismus). Der Morgenappell der Nonnen "Gelobt sei Jesus Christus" und die Antwort "In Ewigkeit Amen", im Chor zurückgebrüllt, geistern noch durch die Hallen. Ein Mädchen mit Down-Syndrom, erzählt mir Heidi in einem der Säle, sei hier mit zwölf Jahren an Unterleibskrebs qualvoll zugrunde gegangen. Elli habe nächtelang vor Schmerzen geschrien, keiner habe ihr geholfen, kein Arzt sei gerufen worden, keine Schmerzlindeung verabreicht. Eines Tages war sie, in Heidis Erinnerung "ein sehr liebes Mädchen", dann weg, ihr Bett leer. "Die Schwestern sagten knapp, sie sei gestorben." Weder das Kind noch seine Familie wurden bis heute ausgeforscht (Name und Foto liegen vor, Geburts- und Sterbejahr geschätzt, Anm.). In ihrer Strafanzeige hat Heidi die unterlassene Hilfeleistung zu Protokoll gegeben. Ohne Ergebnis. Opfer unbekannt. Das Heim beherbergte körperlich, psychisch und geistig behinderte Kinder, aber auch "gesunde", die jedoch als "schwer erziehbar" und "sittlich verwahrlost" galten. Trotz der Durchmischung konnte von einem integrativen Ansatz mangels Fachpersonal und Therapiekonzept keine Rede sein. Die Pflege der Behinderten blieb den restlichen Kindern überlassen. Waschen, baden, an- und ausziehen, füttern, ins Bett und auf die Toilette heben, Nachtwache halten. Die Unterstützung seitens der Schwestern bestand darin, dass sie unruhige und aggressive Kinder ans Bett fesselten oder in eine Zwangsjacke steckten. Auch nachts mussten "gesunde" Kinder auf ihre kranken und behinderten Leidensgenossinnen schauen. Nur eine Quarantänestation, die Hepatitis-Abteilung im Untergeschoß des Schlafrakts, blieb abgeschottet. Zum Schicksal dieser Patientinnen existieren bis heute kaum Zeugenaussagen. Keine Dokumentation über Infektionswege, Krankheitsverläufe oder Todesfälle.

Nackt in der Kälte

Während sie die medizinische Betreuung völlig vernachlässigten, sorgten die Ordensschwestern umso eifriger für das kindliche Seelenwohl. Die rituellen Methoden, den Mädchen das Böse auszutreiben, waren so kreativ wie grausam. Prackerschläge aufs nackte Gesäß. Stundenlanges Kruzifixhalten, im Stehen oder Knien. Nächtliches Gangstehen. Knien vor dem Kreuz. Neben dem Bett am Boden liegen, Zehen senkrecht nach oben. Die Hände eine Stunde und länger zum Gebet auf dem Rücken gefaltet. Knien, mit einem Besenstiel im Mund, damit der Kopf nicht nach vorne sackte. Verbrühen durch Eintauchen der Hände in siedendes Wasser. Erbrochenes aufessen. Den Kopf (sinnigerweise bei Wurmbefall) in die Kloschüssel tauchen. Nackt in der Kälte stehen, die Bettnässerinnen ins nasse Laken gehüllt. Langes Kaltduschen, öffentliches Zurschaustellen der Unterhosen mit Menstruationsblut, Kot- oder Tintenspuren. Essens- und Schlafentzug, Besuchs- und Briefverbot, Tritte und Schläge. Ständige Schmähungen. Drohungen mit Hölle und Fegefeuer. Der Teufel, den es auszutreiben galt, wohnte nicht erst in den Kindern selber, sondern bereits in ihren Müttern. "Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm", musste Heidi zahllose Male wiederholen. Dazu ein Faustschlag gegen den Hinterkopf. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Bumm. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Bumm. Der Apfel ... bumm. Der ... Das mag nach Sekte klingen. Doch es waren nicht nur religiöse Eiferer und Sadisten, denen das Kind Heidi ausgeliefert war. Die Häftlinge der Mädchenburg Martinsbühel aßen bis ins dritte Jahrtausend hinein neben zerkratztem amerikanischem Plastikgeschirr auch von Tellern, auf deren Rückseite das Hakenkreuz-Logo prangte. Die perfekte Metapher. Die Teufelsaustreibung fügt sich bei aller religiösen Verbrämung nahtlos ins ideologische Gesamtbild der Ersten und Zweiten Republik mit Schwerpunkt Drittes Reich. Traditionsgemäß hatte 1977 die Gerichtspsychiaterin Maria Novak-Vogl ihrer kleinen Patientin Heidi schlechte Erbanlagen und somit eine ungünstige Prognose bescheinigt. Die Abstammung ihrer Mutter von "Fahrenden" dürfte, trotz materiellen Wohlstands, dazu beigetragen haben. Die behördlich verfügte Kontaktsperre

konnte in all den Jahren der Kindsverwahrung nur achtmal unterlaufen werden, indem sich Heidis Mutter unbeirrt, wenn auch nicht ungehindert, Zutritt zu ihrer Tochter verschaffte. Kleine Perfidie am Rande: Das Besuchsverbot lastete man dem Kind wegen seiner "Aufmüpfigkeit" an.

Falltür zum finstersten aller Keller

Das Mädchenheim der Benediktinerinnen in Martinsbühel zwischen der Bundesstraße 171 und der Autobahn A 12 steht auf einem hohen Felsen und ist weitläufig unterkellert. Von jedem Gebäude führen mehrere Zugänge in die unterirdischen Steingewölbe. In der NS-Zeit, als der Benediktinerorden vorübergehend enteignet war, hielt man dort Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter für das Messerschmitt-Werk im benachbarten Kematen.

Nach der Rückgabe an den Orden wurden in den Kellern jene Mädchen eingesperrt, die sich nach Meinung der Nonnen nicht wohlverhalten hatten. Vor dem Büro der Schwester Pia befindet sich eine Falltür im Boden, die zum finstersten aller Keller führt. War eines der schlimmen Kinder besonders schlimm, landete es dort zu seiner Besserung. Falltür auf, die Hühnerleiter hinab, Falltür zu. Stundenlang, auch tagelang musste die Kleine dort ausharren in Dunkelhaft, oft in der Zwangsjacke. Manchmal mit Zwangsjacke und Knebel. Da entfiel dann sogar das Herausheben des Abortkübels, wofür die Falltür sonst kurz geöffnet wurde. Es gab im Heim zwei Zwangsjacken, beide aus Leinen, eine mit Lederriemen und Schnallen, die andere mit Bändern, vorne oder hinten zu binden. Sie waren bis 2007 im Einsatz. Was war der Anlass für solche Bestrafungen, frage ich Heidi. Sie sieht mich ratlos an und zuckt mit den Achseln. "Alles. Einfach alles. Je nach Schwester und Laune. Man wusste es nie. Wenn man frech schaute. Oder auch nur das:" Sie hüpfte auf und ab und rudert mit den Armen. Die Dunkelhaft dauerte bis zu drei Tagen. In Schwester Pias Kellerverlies gab es keinerlei Lichtquelle. Es hat lange gedauert, bis Heidi die Angst vor Dunkelheit in geschlossenen Räumen überwand. Nicht allen ihrer Leidensgenossinnen ist dies gelungen.

Rettung aus langer Not

Am Fuße des Gebäudekomplexes, den ich mit Heidi durchquert habe, ist eine Lourdes-Grotte in den Felsen gemauert. Davor steht eine Gedenkpyramide für Dr. Dollfuß, gewidmet von einem Neuen Österreich. Über dem Ausgang der Madonnenkapelle prangt die Inschrift "O Maria, Mutter mein, ich lade dich zum Sterben ein". Die elf Schwestern, die ihr Erdendasein damit verbrachten, hier hunderte "schwierige Mädchen" in Schach zu halten, waren durchwegs Frauen aus einfachsten Verhältnissen ohne jede Ausbildung. Ihre Ehe mit Jesus genügte. Was sie taten, taten sie für ihn, beseelt von Angst, Wut, Verachtung und Frömmigkeit. Gottesfurcht, so sagten sie den Mädchen in guten Momenten und deuteten dabei hinauf zur Kaiser-Max-Grotte, Gottesfurcht bringt Rettung und erlöst uns von unserer irdischen Qual. Gottesfurcht und Dankbarkeit. Du musst dankbar sein, Mädchen, dass wir für dich sorgen und eine anständige Frau aus dir machen. Damit du nicht so eine wie deine Mutter wirst. Mach es wie unser Kaiser da droben und bete um deine Rettung. Heidis Gebete blieben acht Jahre lang ungehört, bis eine Bekannte ihrer Mutter die Sechzehnjährige zu sich nahm. Heidi weiß nicht, wie lange sie sonst in Martinsbühel hätte bleiben müssen. Manche waren ewig dort, Aschenputtel auf Lebenszeit, sagt sie. Nie wird sie den Moment vergessen, als sie zum ersten Mal in Freiheit auf der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße stand, voller Angst, im Menschenstrom zu ertrinken oder von einstürzenden Hausmauern erschlagen zu werden. Der Straßenlärm war unerträglich. Sie presste die Hände auf die Ohren, "und trotzdem war es wie ein Rausch". Nach einer, wie sie sich erinnert, glücklichen Kindheit in Jenbach war Heidi von ihrem achten bis zum sechzehnten Lebensjahr im Mädchenheim Martinsbühel interniert, von 1978 bis 1985, zuvor monatelang auf der berüchtigten

"Kinderbeobachtungsstation" der Psychiaterin Nowak-Vogel. Der Grund war der nach damaligen Tiroler Maßstäben "lockere Lebenswandel" ihrer Mutter, auch Alkoholprobleme ihres Stiefvaters. Nach nachbarschaftlichen Denunziationen bewirkten brachiale "Fürsorgemaßnahmen" die Zerschlagung von Heidis Herkunftsfamilie, indem sie und ihre beiden Geschwister deportiert und der Kontakt mit ihrer Mutter unterbunden wurde. Acht Jahre lang hatte sie keine Ahnung, was man mit ihr vorhatte, warum und wie lange. Besuch von der Fürsorge erhielt sie nie. Ihren älteren Bruder fand sie 27 Jahre nach der Trennung wieder. Die Hauptschule schloss sie nachträglich mit 23 Jahren ab, eine Bürolehre mit 32. Im Heim hatte sie trotz ihrer Intelligenz die Sonderschule besucht. Über Korrespondenz verfügt sie nicht. Ausgehende Briefe wurden diktiert, eingehende zensuriert, beigelegtes Geld wurde von den Nonnen generell "konfisziert", sprich gestohlen. Auch die Unterhaltszahlungen, die für Heidi und die anderen Heimkinder von Eltern, Land und Bund geleistet wurden, kassierte der Orden. Eine Buchhaltung ist nicht überliefert. Alles ist weg. Die acht Jahre ihrer "Zwangs-Heimarbeit" fehlen in Heidis Pensionskonto. Dennoch sind diese Jahre nicht auszulöschen. "Es ist nicht so, als wäre man aus einer Narkose aufgewacht." Die gesundheitlichen und psychischen Folgen haben sich ihr nachhaltig und unwiderruflich eingebrannt, sei es in Form von Lähmungen, Fehl- und Totgeburten, gebrochener Finger, fehlender Zähne und schwerer anderer körperlicher Schäden sowie einer posttraumatischen Belastungsstörung. Heute ist Heidi laut Amtsarzt zu 70 Prozent behindert und berufsunfähig.

Kampf gegen Windmühlen

Die Verantwortlichen, das wären die Republik Österreich, die Tiroler Jugendwohlfahrt, die beteiligten Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden, die katholische Kirche und der Benediktiner/innen-Orden. Aber die bleiben un(an)greifbar, bis auf die paar Ausführende, jene Klosterschwester, die für Gottes Lohn den ihnen Anbefohlenen das Leben zur Hölle machten. Die meisten sind inzwischen verstorben, die übrigen dement, also nicht mehr verhandlungsfähig. Schadenersatzforderungen ehemaliger Heimkinder, die wie Heidi für ihr Leben gezeichnet sind, stoßen auch bei weltlichen Behörden auf taube Ohren, sei es bei Stadt, Bezirk, Land oder Bund, den höchstverantwortlichen Trägerinstanzen. So ruht beispielsweise Heidis Antrag auf Ersatz des langen Verdienstentgangs seit Jahren beim Bundessozialamt. In ihrer Pensionsberechnung fehlen viele Jahre der Ausbildung und des Einkommens. Trotz nachgeholt Abschlüsse konnte sie den Niedriglohnsektor nicht verlassen. Aufgeben will sie die Forderung dennoch nicht. Kirche, Orden, Stadt, Bezirk, Land und Bund schanzten einander die Verantwortung zu, doch keiner will sie haben. Es ist ein Apparat von kafkaesker Dimension. Heidi sieht sich in einem Kampf gegen Windmühlen, den sie nicht einmal in Form einer Zivilklage führen könne, denn wovon sollte sie sich einen Rechtsanwalt leisten? Und welcher Armada von Anwälten sähe sich dieser gegenüber? Wie könnte sie für allfällige Gerichtskosten aufkommen, mit denen sich andere Heimopfer nach erfolglosen Zivilklagen bereits konfrontiert sahen? "Zwischen uns und den Instanzen herrscht keine Waffengleichheit", sagt sie. Mittlerweile wurden die Schicksale der ehemaligen Tiroler Heimkinder historisch erforscht, kulturell bearbeitet und auch medial einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die vormals "schlimmen Kinder" haben dabei brav kooperiert, führten Besucher durch ihre einstigen Folterstätten, ließen ihre Geschichten und Porträts ins Internet stellen (Jetzt reden wir! Ehemalige Heimkinder erzählen, www.heimkinder-reden.at), nahmen an Podiumsdiskussionen und Buchpräsentationen teil, gingen keiner Belastung aus dem Weg, auch nicht der Preisgabe intimer und schmerzhafter Details. Eine Betroffenheitswelle wurde erzeugt – aber die allein machte keinen Heller locker. Gewiss, es geht um Bewusstmachung, um Anerkennung, die "Restitution von Würde", aber eine materielle Restitution folgte ihr nicht. Der Optimismus der letzten Jahre ist verflogen. Die Bearbeitung ihrer Geschichte hat die ehemaligen Heimkinder aufgerieben:

Öffentlichkeitsarbeit, Behördenirrwege, mangelnde Akteneinsicht, taube Ohren, fragwürdige Gutachten, eingestellte Ermittlungen, geplatzte Hoffnungen, Almosen statt Entschädigung. Ja, auch Neid und Zwietracht gab es. Denn wie sollten gerade sie, als Verbrechensopfer, geschlossen auftreten, mit all ihren unterschiedlichen Lebensläufen, Heimen, Tätern, Leiden? "Wir werden immer weniger", sagt Heidi. "Die meisten von uns haben resigniert, viele sind krank, manche verstorben." Zwar hätten ihnen die mediale Unterstützung und sogar offizielle Betroffenheitsbezeugungen der letzten Jahre durchaus den Rücken gestärkt, dennoch sahen sie sich der alten Zermürbungstaktik ausgesetzt: Man behandelt die Überlebenden des breitangelegtesten Verbrechens der Nachkriegszeit weiterhin als Bittsteller, anstatt sie in ihrer berechtigten Forderung nach Entschädigung wahrzunehmen. Geschweige denn sie zu ermutigen. Doch der Mündelakt "Adelheid F." lügt nicht, so bruchstückhaft er der Betroffenen auch vorliegen mag: Die Republik Österreich hat 1977 für das damals achtjährige Kind Obsorge und Vormundschaft übernommen. Damit war es in schlechten Händen. "Vater Staat" hat die Interessen seines Mündels grob verletzt, indem er es fahrlässig und kontrollfrei ungeeigneten Instanzen und Personen anvertraute. Daraus ist der mittlerweile 49-jährigen Heidi und somit ihren Nachkommen ein immenser Schaden erwachsen, der jeden Tag wächst. Kein Verantwortlicher will dafür aufkommen. Falltür auf, Kind hinein, Falltür zu. Bis auf weiteres geschlossen.

Immer noch blühen die Blumen besonders schön

Das Benediktinerstift Sankt Peter in Salzburg ist seit 1888 Eigentümer der Liegenschaft Martinsbühel. Die dazugehörige Bauernschaft wird weiterhin bewirtschaftet, die weitläufigen Heim- und Schulgebäude sind verwaist. Wie viele Liegenschaften sich ansonsten im Besitz des Benediktinerordens befinden, wie viele Kulturgüter und wie viel liquides Vermögen, lässt sich selbst mit viel Fantasie nicht ermessen. Davor kapituliert jedes Finanzamt. Nur als 2014 vier herrenlose Millionen Euro in einer schwäbischen Klosterkassa auftauchten, kam die Finanzgebarung des Ordens kurz ins Gerede.

Das ehemalige Mädchenheim Martinsbühel, nach wie vor in Kirchenbesitz, wird heute im Internet von der Tirol-Werbung, auf touristischen Blogs und sogar vom ORF Tirol als Landschaftsidylle mit historischem Unterbau vermarktet. In solchen Beiträgen lauten schwärmerische Bildunterschriften zum Beispiel "Der Innenhof und das alte Heim mit den liebevoll gepflegten Außenanlagen". Der aktuelle Betreiber des kircheneigenen Bauernhofs propagiert sich netzwerkstark als Künstler. In den einschlägigen Beiträgen darf auch der klagende Hinweis, dass "die Nonnen nicht von Vorwürfen des körperlichen und sexuellen Missbrauchs an ihnen anvertrauten Kindern verschont blieben", nicht fehlen. Liebliche Zitherklänge begleiten auf diversen Medienkanälen das "100-Jahre-Kaiserschützen-Jubiläum" in der Kapelle Martinsbühel. Prominent wird das mittelalterliche Steingemäuer ins Bild gerückt. Rosen bekränzen den Aufgang zur Lourdes-Grotte. Denn von Mädchenblut getränkt, blühen die Blumen besonders schön. Heute wie damals.



Hinter diesen Mauern wurden Mädchen gequält, misshandelt und seelisch sowie psychisch gebrochen. Foto: Böhm

Land will Schrecken von Martinsbühel aufklären

Land handelt nach Petition mit 2500 Unterschriften zum ehemaligen Zirlener Heim mit Sonderschule. Benediktinerinnen führten das Internat, viele Mädchen wurden dort misshandelt.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Nach Bekanntwerden der Missbrauchsfälle in staatlichen und kirchlichen Einrichtungen im Jahr 2010 haben sich rund 100 ehemalige Heimkinder von Martinsbühel an die Ombudsstelle der Diözese Innsbruck gewandt. Die erschütternden Berichte wurden umgehend an die diözesane Kommission und in weiterer Folge an die Klasknic-Kommission weitergeleitet. Den damals Verantwortlichen werden sexuelle, seelische und physische Misshandlungen sowie Verwahrlosung der Mädchen vorgeworfen. „Nahezu alle Betroffenen erhielten eine finanzielle Hilfeleistung. In den ebenfalls angebotenen Therapien können die Opfer ihre Geschichte und Erlebnisse – soweit dies möglich ist – besprechen und aufarbeiten“, heißt es in einer Stellungnahme der Diözese Innsbruck.

Bis zur Auflassung 2008 wurden das Mädchenheim und die Sonderschule in Zirl von den Benediktinerinnen aus Scharnitz geführt, die dem Kloster Melchtal in der Schweiz angehören. Besitzer von Martinsbühel sind die Benediktiner des Stifts St. Peter in Salzburg. Martinsbühel war nie eine Fürsorgeeinrichtung der Tiroler Landesregierung, doch das Land hat Mädchen

dorthin zugewiesen. Zugleich erfolgten gerichtliche Zuweisungen. Die Aufsicht hatten die Unterrichtsbehörden.

Aufgearbeitet ist dieses dunkle Kapitel der Tiroler Heim- und Fürsorgegeschichte noch nicht. In einer Online-Petition mit 2500 Unterschriften wurde jetzt ein Untersuchungsausschuss gefordert. Am Donnerstag befasste sich der Petitionsausschuss des Landtags damit. Den U-Ausschuss wird es nicht geben, aber das Land drängt beim Benedik-

„Hier geht es um eine notwendige Aufarbeitung – vor allem für die Betroffenen.“

Gebi Mair/Grüne (Klubchef)

tiner-Orden massiv auf Aufklärung. „Wir wollen, dass der Orden endlich seine Verantwortung wahrnimmt. Er steht als ehemaliger Betreiber in der Pflicht“, betont der grüne Klubchef Gebi Mair.

Im Gegensatz zu den Fürsorgeeinrichtungen des Landes wie St. Martin in Schwaz (bis 1990), zu denen mehrere Forschungsberichte über entwürdigende Erziehungsmethoden und Missbrauch der Schutzbefohlenen in Auftrag gegeben wurden, liegt bei Martinsbühel noch vieles im Dunkeln.

„Diese Schatten müssen sich lichten“, sagt Mair. Das Land wird deshalb Kontakt mit der Vertretung der Benediktinerinnen aufnehmen und eine Aufarbeitung einfordern. Ein schwieriges Unterfangen, mit dem selbst die Diözese in der Vergangenheit gescheitert ist.

In einem Schreiben an das Land unterstützt die Kirche das Vorhaben des Landes. „Die Diözese ist sehr interessiert, dass diese leidvolle Geschichte dokumentiert und aufgearbeitet wird, und arbeitet hier auch aktuell mit den zuständigen Stellen im Land Tirol eng zusammen“, wird betont. Entscheidend ist aus der Sicht der Diözese das Öffnen aller Archive – auch von Seiten des Ordens der Benediktinerinnen. Aber, so heißt es weiters: „Sie wissen, der Orden hat Martinsbühel verlassen, der Hauptsitz ist in der Schweiz. Viele Fragen können nur von dort beantwortet werden.“

Die Versuche der Diözese Innsbruck, von der Ordensleitung Informationen zu damaligen Geschehnissen zu erhalten, hätten sich bisher als sehr schwierig erwiesen, gibt man offen zu. „Da es erstens nur noch eine Akteurin aus der damaligen Zeit gibt und der Orden der Benediktinerinnen quasi nicht mehr existent ist.“ Im Prinzip ließ man die Diözese einfach abblitzen.

Kammer-Fachobmann zerpfückt Wohnpaket

Chef der Immobilientreuhänder erteilt in internem Papier Landesideen Abfuhr. Landesrat Tratter kontert.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – In den kommenden Wochen soll das in Gesetzesform gegossen werden, was bei der schwarz-grünen Regierungsklausur Anfang Jänner als Paket für mehr leistbaren Wohnraum politisch verkauft worden war. Während der Opposition das Wohnpaket in einigen Punkten nicht weit genug geht, verhält es sich mit der Wirtschaftskammer genau anders: Insbesondere die Einführung eines Interessentenmodells im Baulandgrundverkehr schießt für die Kammer übers Ziel hinaus. Private Wohnbauträger würden dadurch massiv eingeschränkt, lautete u. a. die Kritik von Wirtschaftsbundchef Franz Hörl, der zugleich aber in Richtung seiner VP-Parteifreunde versicherte, dass viele Reformpunkte durchaus positiven Anklang finden würden, die TT berichtete.

Wie die Kammer tatsächlich zum Wohnpaket stehen dürfte, ist nun aber aus einem internen Papier aus der Feder des Fachgruppenobmanns der Immobilien- und Vermögenstreuhänder, Philipp Reisinger, zu entnehmen. Darin werden die Landesvorschläge Punkt für Punkt in der Luft zerpfückt. So bezeichnet Reisinger die Aussage von LH Günther Platter (VP), mit dieser Reform nicht nur an der Oberfläche zu kratzen, sondern in die Tiefe zu gehen, als „große Ankündigung mit durchaus wahren Inhalt, aber zweifelhaftem Erfolg“. Insbesondere kritisiert Reisinger, dass das Land Maßnahmen beschließe, ohne im Vorfeld für eine ausreichend valide Datengrundlage gesorgt zu haben.

1 Vorbehaltsflächen: Das Vorhaben, künftig in Hotspot-Gemeinden „Vorbehaltsflächen für den objektgeförderten Wohnbau“ auszuweisen, bezeichnet Rei-



„Niemand kommt auf die Idee, einen Lebensmittelhändler als Spekulanten zu bezeichnen, wenn er seine Ware mit Gewinn zu verkaufen versucht.“

Philipp Reisinger (WK-Fachgruppenobmann) Foto: WK

singer als „Keule“ und „extrem eigentumsfeindlich“, auch weil offenkundig gemeinnützige Bauträger einseitig bevorzugt würden. Großes Mobilisierungspotenzial würde dadurch ebenso wenig entstehen, so Reisinger.

2 Grundverkehr: Das Ziel, Spekulation im Grundverkehr einzudämmen, grenze, so der WK-Funktionär, an eine pauschale Diffamierung aller Liegenschaftseigentümer, die ihre Immobilie mit Gewinn verkaufen wollen. Die Wiedereinführung der Selbstbewirtschaftungspflicht sei ein „schlechter Scherz“.

3 Wohnbauförderung: Reisinger befürchtet, dass sich die Wohnbauförderung –

trotz guten Willens – nur über von gemeinnützigen Bauträgern errichtete „Fünf-Euro-Wohnungen“ ergießen dürfte: „So sehr Wohnraum für sozial Bedürftige unerlässlich ist, ist es Fakt, dass dies sowohl den Steuerzahler als auch die Kommunen vor eine nicht enden wollende Belastung stellt.“ Auch die angedachten Regelungen für Airbnb und die Freizeitwohnsitzabgabe werden kritisiert. In Summe, so Reisinger, könne er „keine deutlichen raumgreifenden Verbesserungen“ durch das Wohnpaket erkennen. Weiters ließen die Reformen „so gut wie keine bürgerlichen Werte oder ein Bekenntnis zu konservativen Zielen (Eigentumsbildung)“ erkennen.

Auf TT-Anfrage bestätigt Reisinger, das Papier verfasst zu haben. Selbiges sei aber nie zur Veröffentlichung gedacht gewesen. Inhaltlich stehe er aber dazu.

Raumordnungslandesrat Johannes Tratter (VP) kontert die Reformzweifler. Man habe an 39 Stellschrauben gedreht, um Wohnen wieder leistbarer zu machen: „Im Zuge dieser Reform muss natürlich auch gewährleistet sein, dass dem Eigentumsrecht ein hoher Stellenwert eingeräumt werden wird.“



Die Landesregierung will den Wohnbau ankurbeln – die Wirtschaftskammer mutmaßt, dass private Wohnbauträger benachteiligt sind. Symbolfoto: Dähling

Politik in Kürze

BH Berger zu Anklage: „Weiß noch nicht, was falsch war“

Die Nachwehen der aufgehobenen **Bundespräsidentenwahl** vom Mai 2016 führen zweieinhalb Jahre später zu einer ersten Anklage in Tirol. Wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs bzw. der Falschbeurkundung bei der Auszählung der Briefwahlstimmen hat die **Korruptionsstaatsanwaltschaft** ermittelt. In der Steiermark und in Kärnten gab es bereits erste Prozesse. Mit **Kitzbühel, Kufstein, Schwaz, Landeck** und **Innsbruck-Land** gerieten auch fünf Tiroler Bezirkswahlbehörden ins Visier. Jetzt liegt eine Entscheidung zu Kitzbühel vor. Dort erfolgte laut Verfassungsgerichtshof die gesamte Auswertung der

Wahlkarten nicht durch die Bezirkswahlbehörde, sondern durch nicht befugte Personen. Ausgelöst wurden die Ermittlungen offenbar von einem FPÖ-Wahlbeisitzer, der bei der bemängelten Auszählung selbst jedoch gar nicht anwesend war.

Die Verfahren gegen die Wahlbeisitzer in der Kitzbüheler Bezirkswahlbehörde wurden jetzt alle eingestellt. Gegen den Wahlleiter und Kitzbüheler Bezirkshauptmann **Michael Berger** allerdings nur zum Teil: „Mir wurde kürzlich mitgeteilt, dass die Ermittlungen wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch gegen mich eingestellt wurden. Gleichzeitig wurde ich



Nach Aufhebung der Stichwahl zwischen Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen. Foto: Reuters

aber auch in Kenntnis gesetzt, dass Anklage gegen mich wegen falscher Beurkundung und Beglaubigung im Amt erhoben wurde“, sagt Berger in einer ersten Stellungnahme gegenüber der TT. Die Staatsanwaltschaft habe ihn nach nunmehr zweieinhalb Jahre andauernden Ermittlungen aber immer noch

nicht in Kenntnis gesetzt, was er falsch beurkundet haben soll. „Somit bleibt mir vorerst nur, auf die Anklageschrift zu warten, die mir nach wie vor nicht zugestellt wurde.“

Berger betont schlussendlich, dass die Abwicklung der Stimmauszählung in Kitzbühel vom Verfassungsgerichtshof als höchstgerichtliche

Instanz nicht beanstandet worden sei. Eine Entscheidung über die anderen vier Tiroler Bezirkswahlbehörden steht noch aus.

Obwohl der Landesrechnungshof in seinem jüngsten Prüfbericht das Impulspaket der schwarz-grünen Landesregierung in der Wirtschaft angekommen sieht, sparen die NEOS nicht mit Kritik an dem von 135 auf schlussendlich 179 Millionen Euro angewachsenen Förderkuchen. Zwar hätten einige Maßnahmen, wie in der Wohnbauförderung, zu den gewünschten Erfolgen geführt, jedoch hätte es in anderen Bereichen nahe-

zu Totalausfälle gegeben. So zählt Klubobmann **Dominik Oberhofer** die Winterbauförderung und das Sonderprogramm für den Tourismus auf, die „ins Leere gingen“: „Selbst die Großunternehmerförderung wurde nur zur Hälfte ausgeschöpft. Das zeigt deutlich, dass die Wirtschaft auf Förderungen nicht so reagiert wie von der Landesregierung angenommen.“ Sinnvoller, so Oberhofer, wären deshalb Entlastungen durch Abgaben und Steuerentlastungen: „Wir fordern die Regierung auf, alle Betriebe zu entlasten und nicht wenige ausgesuchte Unternehmer mit Steuermillionen zu fördern.“ (pn, mami)



Der Orden der Benediktinerinnen belastet die Kirche. Selbst die Diözese Innsbruck scheitert an der Aufklärung. Foto: APA

Martinsbühel – Land gerät unter Zugzwang

Historiker Schreiber: „Mädchenheim ist der Paradeffall für Kinderarbeit.“ Land hat Aufsichtspflicht vernachlässigt.

Von Peter Nindler

Innsbruck, Zirl – Der Orden der Benediktinerinnen, der das Mädchenheim Martinsbühel in Zirl samt angeschlossener Sonderschule – nicht zu verwechseln mit der Allgemeinen Sonderschule Zirl – bis 2008 geführt hatte, versucht seit Jahren, den Missbrauchsskandal auszuspitzen. „So wenig wie möglich sagen, das ist seine Devise. Und keinen Zugang zu den Archiven ermöglichen, um eine Aufarbeitung zu verhindern“, wirft der Historiker Horst Schreiber dem Frauenorden vor. Er hat über dieses dunkle Kapitel der Fürsorgepolitik in Tirol nicht nur geforscht („Im Namen der Ordnung. Heimerziehung in Tirol“), sondern auch Interviews mit betroffenen Zöglingen publiziert.

Mit 2500 Unterschriften setzt jetzt eine Petition auch das Land Tirol unter Zugzwang. Und das wird seinerseits einen Versuch unternehmen, auf eine Aufarbeitung durch den Frauenorden zu drängen. Ein Unterfangen, an dem die Diözese Innsbruck bisher gescheitert ist. Selbst Bischof Hermann Glettler wollte die Benediktinerinnen zum Umdenken bewegen, „doch immer wieder wurde abgeblockt“, erklärt der Leiter der Stabsstelle für Kinder- und Jugendschutz der Diözese Innsbruck, Hannes Wechner.

Nur noch zwei ehemalige Nonnen von Martinsbühel leben, sie sind aber schon im

betagten Alter. Der Frauenorden hat sich trotz der Entschädigungszahlungen bisher nie seiner Verantwortung gestellt. „Etwa im Gegensatz zum Stift Kremsmünster in Oberösterreich“, wie Wechner hinzufügt. Im Kloster leben die Benediktiner.

Das Land Tirol dürfte be-



„Die Benediktinerinnen glauben nach wie vor, sie können die schreckliche Vergangenheit aussitzen.“

Horst Schreiber
(Historiker)

Foto: Rottensteiner

reits heute in der Sitzung der Landesregierung die weitere Vorgangsweise festlegen, schließlich steht es ebenfalls in der Pflicht. „Von den Fürsorgebehörden erfolgte die Zuweisung nach Martinsbühel“, erzählt Horst Schreiber. Und da geht es um die Aufsichtspflicht, die jedenfalls vernachlässigt wurde. Auch im angeschlossenen „sonderpädagogischen Schulbereich“. Im Heim und in der Schule sind massive Übergriffe, psychischer und sexueller Missbrauch dokumentiert. „Dass sich Martinsbühel bis 2008 mit Standards wie aus den 1950er- oder 1960er-Jah-

ren halten konnte, ist darauf zurückzuführen, dass es für die öffentliche Hand ein finanziell günstiges Heim war. Auch mit wenig Personaleinsatz“, erläutert Schreiber.

Wie das möglich war, dafür gibt es eine einfache Erklärung. Kinderarbeit. Für Schreiber ist Martinsbühel ein Paradeffall für Kinderarbeit. „Die Mädchen mussten nicht nur mithelfen, sondern u.a. in der Landwirtschaft schuften. Und mangels Personal übernahmen sie auch die Betreuung von behinderten Heiminsassen.“ Denn in Martinsbühel waren zugleich Behinderte untergebracht.

ÖVP-Klubchef Jakob Wolf hofft auf ein Einlenken des Ordens. Die Aufklärung über die Vorgänge in Martinsbühel ist für ihn ein Gebot der Stunde. „Wir werden hier sicher nicht so schnell aufgeben.“

„Ich war selbst bei einer Führung durch Martinsbühel durch Betroffene dabei und es hat mich fassungslos und sprachlos gemacht, dass das passieren konnte, dass alle weggeschaut haben“, fordert die Klubchefin der Liste Fritz, Andrea Haselwanter-Schneider, eine umfassende Dokumentation der Geschehnisse in dem Mädchenheim. In der Verantwortung würden deshalb der Orden, die Diözese, das Land Tirol „und wir alle als Gesellschaft“ stehen. Haselwanter-Schneider: „Diese unsere Verantwortung müssen wir wahrnehmen. Unrecht darf nicht verjähren.“

Ethik kein Ersatz für Religionsfach

NEOS-Vorstoß findet bei VP, SP und FP keinen Anklang. Religionspädagoge ortet hinter hohen Abmeldezahlen islamischer Schüler indes vielfältige Gründe.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – 4814 Pflichtschülerinnen und Schüler haben sich im heurigen Schuljahr vom konfessionellen Religionsunterricht in Tirol befreien lassen. Wie berichtet, betrifft mit 2650 Fällen bereits mehr als jede zweite Abmeldung ein Kind mit islamischem Glauben. Zekirija Sejdini führt das auf gleich mehrere Ursachen zurück. Er leitet an der Uni Innsbruck das Institut für Islamische Theologie und Religionspädagogik. Aus seiner früheren Tätigkeit als Fachinspektor für den islamischen Religionsunterricht wisse er, dass oft schulorganisatorische Gründe eine zentrale Rolle für Abmeldungen spielen würden. Kriterien seien hier, ob der Unterricht am Vor- oder Nachmittag bzw. ob selbiger an der eigenen Schule überhaupt angeboten wird.

Hinzu kämen aber auch inhaltliche Gründe, wie Sejdini gegenüber der *TT* mit Verweis auf eine institutsinterne Studie aus dem Jahr 2014 mit abgemeldeten Schülern bestätigt: „Der Religionsunterricht wird als einseitig, stofforientiert und zu stark am Moscheeunterricht ausgerichtet wahrgenommen.“ Die hohe Austrittsquote sieht der Wissenschaftler weder als Gefahr noch als Garant für eine positive Integration in die Gesellschaft: „Dennoch können dadurch SchülerInnen,

„Ein Ethikunterricht wäre kein adäquater Ersatz für den konfessionellen Religionsunterricht.“

Zekirija Sejdini (Institut für Islamische Theologie)

die sich vom islamischen Religionsunterricht abmelden, wichtige integrationsrelevante Kompetenzen fehlen.“

Dass abgemeldete Schüler Ethikunterricht erhalten sollen, begrüßt Sejdini, dies sollte jedoch nicht in Form eines Ersatzes zum konfessi-



Unter islamischen Schülern sind die Abmeldezahlen vom Religionsunterricht hoch. Symbolfoto: Rumpfenhorst/dpa

onellen Religionsunterricht erfolgen: „Das fände ich kontraproduktiv.“ Doch auch der Religionsunterricht müsse an gegenwärtige Bedürfnisse angepasst werden.

Die Einführung eines überkonfessionellen Ethik- und Religionenunterrichts anstelle des konfessionellen fordern die NEOS. Damit stehen sie in Tirol allein da. Religion sei „ein integraler Bestandteil unserer Kultur“, lehnt VP-Klubobmann Jakob Wolf die Abschaffung klar ab. Das NEOS-Bild dieses Unterrichtsfachs entspreche nicht mehr der Wirklichkeit, so Wolf: „Konfessioneller Unterricht ist heute kein Auswendiglernen von Bibelzitatens, sondern eine intensive Zeit der Wertevermittlung.“

Die SPÖ wiederum steht zum Ethikunterricht als fixes Schulfach. Dieses soll aber für alle Schüler verpflichtend sein – unabhängig davon, ob ein Religionsunterricht besucht wird oder nicht. Jedoch fordert Bildungssprecher LA Benedikt Lentsch speziell ausgebildete Lehrer ein: „Das darf nicht irgendwie passieren, sondern sollte auf Basis eines Lehramtsstudiums beruhen.“

Nicht in Frage stellen will FP-Klubchef Markus Abwerzger den herkömmlichen Religionsunterricht. Wie Türkis-Blau im Bund stehe man aber zu einem verpflichtenden Ethikunterricht für religionsabgemeldete Schüler.

Politik in Kürze

Herbert Bauer salutiert ab

Nach 15 Jahren an der Spitze des Tiroler Militärs wird Militärkommandant **Herbert Bauer** zu Jahresende in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Wie Bauer gestern gegenüber der *TT* bestätigte, hat er sein Pensionsgesuch eingereicht.

Tirols Arbeiterkammerpräsident **Erwin Zangerl** appellierte gestern einmal mehr an die Beschäftigten, von ihrem Wahlrecht

bei der AK-Wahl Gebrauch zu machen. Seit gestern haben auch die Wahllokale geöffnet, Wahlschluss ist Donnerstag, 7. Februar, um 12 Uhr. Wahllokale gibt es in allen AK-Stellen sowie in der Klinik Innsbruck und im Landeskrankenhaus Hall.

Auf die Gleichbehandlung aller Studierenden pochen SPÖ, FPÖ, Liste Fritz und NEOS. Auch Tiroler Studierende, die außerhalb des



Militärkommandant Bauer geht Ende 2019 in Pension. Foto: Böhm

Landes eine Uni besuchen, sollen das Semesterticket um 180 Euro erwerben können, wird in einem gemeinsamen Antrag gefordert. (pn)

Kurzmeldungen

48-Jährige prallte mit Auto in Baumgruppe

Rietz – Schwer verletzt wurde gestern Vormittag eine Österreicherin bei einem Verkehrsunfall auf der A12 bei Rietz. Die 48-Jährige kam mit dem Wagen von der Fahrbahn ab und fuhr eine Böschung entlang. Laut eigenen Angaben habe sie dann Gas- und Bremspedal verwechselt. Der Wagen wurde immer schneller und prallte schließlich in eine Baumgruppe. (TT)



Die Frau kam im Gemeindegebiet von Rietz von der A12 ab. Sie wurde bei dem Unfall schwer verletzt. Foto: zeitungsfoto.at

Bub bei Schlägerei schwer verletzt

Innsbruck – Am Sonntagmorgen litt ein 14-Jähriger bei einer Schlägerei in einem Innsbrucker Jugendzentrum einen Nasenbeinbruch. Ein Afghane (14) und zwei bisher Unbekannte schlugen und traten ihn. Sie sollen ihm auch mit dem Umbringen gedroht haben. Der Afghane wurde festgenommen. (TT)

Mit Bierkrug attackiert

Ischgl – Ein Ischgl-Lokal war Sonntagabend Schauplatz einer brutalen Attacke. Weil ein Deutscher von einem Dänen unabsichtlich angerempelt wurde, schlug er ihm einen Bierkrug ins Gesicht – dabei brach das Nasenbein. Der Deutsche flüchtete, konnte aber von der Polizei festgenommen werden. (TT)

Institut wird breiter aufgestellt

Innsbruck – Mit Niederösterreich und Salzburg hat das Institut für Föderalismus mit 1. Jänner 2019 zwei weitere Trägerländer bekommen. Dies ermöglichte eine Erweiterung der Forschungs- und Publikationstätigkeit, sagt Institutsdirektor Peter Bußjäger. Weitere Träger sind Tirol und Vorarlberg. (TT)

Leitartikel

Es ist gestern passiert

Der Missbrauch im Mädchenheim Martinsbühel ist eine Mahnung an die Gesellschaft, hartnäckig zu sein. Die finanzielle Entschädigung an die Opfer darf kein Ablass sein, erst die Aufarbeitung der Vergangenheit schafft Bewusstsein.

Von Peter Nindler

Im Jänner 2006 übernimmt Österreich den EU-Ratsvorsitz, Italien wird bei der WM in Deutschland Fußball-Weltmeister und Alfred Gusenbauer stößt Wolfgang Schüssel vom Thron als Bundeskanzler. Zeitgleich schließt das Mädchenheim Martinsbühel in der unmittelbaren Nachbarschaft von Innsbruck, zwei Jahre später verlassen die Benediktinerinnen Zirl. Alles noch nicht so lange her, alles noch jüngste Vergangenheit. Damit auch der Missbrauch an den damals dort untergebrachten wehrlosen Mädchen: psychisch, physisch, sexuell und seelisch. Hinter den Schlossmauern zerstörten die sadistisch veranlagten Nonnen die Zukunft ihrer Schutzbefohlenen. Rund 100 Betroffene

wurden finanziell entschädigt, die Wunden bleiben. Denn die Vergangenheit ist noch präsent und keinesfalls aufgearbeitet. Doch Geld kann niemals ein Ablass sein, vor allem nicht im 21. Jahrhundert. Weggeschaut und nicht richtig hingesehen haben fast alle – in Zirl, bei den Benediktiner(innen) oder im Land Tirol. Vielfach waren auch wir Medien in den vergangenen Jahren zu wenig hartnäckig, weil die Geschichte von heute oft schon morgen eine für das Archiv ist. Die Diözese Innsbruck scheiterte ihrerseits an der Blockadepolitik des Ordens. Deshalb beschämt das Bürgerengagement, die Petition mit mehr als 2500 Unterschriften an den Tiroler Landtag. Es schafft gegenwärtiges Bewusstsein, dass Martinsbühel und die schreckliche Vergan-

genheit nach wie vor ein dunkler Fleck in der Fürsorgepolitik des Landes nach 1945 sind. Aufklärung tut darum mehr als not. Von engagierten Zeithistorikern wie Horst Schreiber, die den Finger niemals von den offenen Wunden des Missbrauchs in den staatlichen und konfessionellen Heimen weggezogen haben, wird das Land in die Pflicht genommen. Die Politik reagiert mit einer Expertenkommission. Das ist längst überfällig, aber nicht zu spät. Gefordert sind allerdings auch die Benediktiner. Missbrauch verjährt strafrechtlich, moralisch niemals. Geschehenes kann nicht ungeschehen gemacht werden, vielmehr bewusst. Der Mantel des Schweigens deckt deshalb nicht zu, sondern schafft Misstrauen; in die Institution Kirche, in ein öffentliches System, das

eigentlich die Schwächsten der Gesellschaft schützen sollte.

Martinsbühel ist eine Mahnung an die Gesellschaft im Allgemeinen und die Landespolitik im Speziellen. Und an kirchliche Institutionen. Wenn sich Politik, Kirche und Öffentlichkeit im Land selbst ernstnehmen, müssen sie ihre Verantwortung wahrnehmen. Sie ist nicht teil- und schon gar nicht delegierbar wie eine heiße Kartoffel.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

peter.nindler@tt.com



Gastkommentar

Bewegung beugt vor

Von Barbara Prüller-Strasser

Um den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu begegnen, sind Konzepte erforderlich, die bereits im mittleren Alter ansetzen und nicht erst, wenn sich Funktionsstörungen manifestiert haben. Ein Hauptmerkmal des Alterungsprozesses aus physiologischer Sicht ist die Abnahme der Ausdauer- und Kraftleistungsfähigkeit. Geht man von zehn Prozent Muskelkraftverlust pro Dekade ab dem 30. Lebensjahr aus, so lässt sich dieser durch Krafttraining auf ein Drittel reduzieren, und das zahlt sich dann im Alter wirklich aus. Alle chronischen Erkrankungen, inklusive des Pflegebedarfs, werden durch Bewegungsmangel gefördert und durch Training therapeutisch und/oder präventiv beeinflusst. In jedem Alter sind trainierte Menschen sowohl physisch als auch kognitiv leistungsfähiger.

Würde man die körperliche Inaktivität als Risikofaktor komplett ausschalten, könnten 20 Prozent aller Demenz-Erkrankungen vermieden werden. Aber auch eine bessere körperliche Fitness reduziert die Rückfallrate bei Karzinomen und die Sterblichkeit bei bestehender Herzkrankheit um bis zu 50 Prozent. Pflegebedürftigkeit ist nicht automatisch eine Folge des Alterwerdens, sondern eine der fehlenden Mobilität.

Das gesellschaftliche Ziel muss daher sein, Pflegefälle zu vermeiden und den Gesundheitszustand der älteren Menschen so lange wie möglich zu stärken und die Lebensqualität zu steigern. Und hier spielt die körperliche Leistungsfähigkeit eine zentrale Rolle. „Exercise is Medicine“ muss daher die Botschaft heißen, auch im Seniorenheim.

barbara.strasser@i-med.ac.at

Barbara Prüller-Strasser Sport- und Gesundheitswissenschaftlerin.



Frage des Tages (1188 Teilnehmer)

Bildungsminister Faßmann will Änderungen bei der Mathematik-Zentralmatura, um die Durchfallquote zu senken. Was halten Sie davon?

29% Sehr gut. Wenn zuletzt jeder Fünfte durchgefallen ist, kann am System etwas nicht stimmen.

12% Das lehne ich ab. Jetzt die Matura zu erleichtern, ist unfair gegenüber allen, die bisher bei der Mathe-Zentralmatura durchgekommen sind.

59% Wieso? Wenn es bisher 80 Prozent geschafft haben, müssen eben die anderen mehr lernen.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com



Karikatur

„Brexit: Plan B“



Karikatur: D. Markus Syszkowitz. Foto: APA/ÖRF/Thomas Ramsstorfer

Analyse

Die Tram muss schleunigst in die Gänge kommen

Von Marco Witting

So richtig in Fahrt gekommen sind die neuen Straßenbahnlinien in Innsbruck nur einen Tag lang – am Freitag, als das 290-Millionen-Euro-Projekt mit einem großen Fest eröffnet wurde. Doch statt diesen Schwung mitzunehmen, muss man sich jetzt bei verärgerten Fahrgästen entschuldigen und ist seit dem Wochenende im Krisenmodus. Der Chaos-Start der Tram muss rasch beseitigt werden – sonst schlägt die zuletzt Offi-freundliche Stimmung ganz schnell um.

Es ist ein breites Feld von Problemen. Für manche können die Verantwortlichen in der Stadt und bei den IVB nichts. Den Wintereinbruch etwa. Oder Unfälle auf der Strecke. Bei manchen Dingen ist man ganz offensichtlich zu blauäugig gewesen – Stichwort Falschparker. Ganz sicher hätte man hier wesentlich umfangreicher und gründ-

licher informieren können und müssen. Hinterher weiß man immer mehr. Vieles ist auch hausgemacht. Dass die Ampelschaltungen nicht reibungsfrei funktionieren und zu ständigen Verzögerungen führen, muss man sich nach jahrelanger Vorarbeit selbst ankreiden. Und dann ist da noch die Sache mit den fehlenden Garnituren. Auch hier liegt ein Fehler beim Hersteller. Bekannt geworden sind die fehlenden Zulassungen erst kurz vor Weihnachten. Ein komischer Nachgeschmack bleibt. Auf die Garnituren wartet man weiter. Und fertig ist der Fehlstart nach Maß.

Das wirft einen großen und dunklen Schatten auf dieses wichtige Projekt. Und wenn man es nicht schnell schafft, hier Pünktlichkeit und das nötige Platzangebot für die Kunden herzustellen, dann gerät die Tram schnell in Verruf – und verliert die Akzeptanz, die das Projekt braucht. Die Verantwortlichen werden sich auch etwas einfallen lassen müssen, was jene Kunden betrifft, die jetzt in Neu-Rum deutlich längere Fußwege in Kauf nehmen müssen. Im Frühjahr wollte man die Maßnahmen des Fahrplanwechsels evaluieren. Es scheint nötig, dass man deutlich früher damit beginnt.

Lesen Sie dazu mehr im Lokalteil

marco.witting@tt.com



Kopf des Tages

Goldkehlchen mit blauem Haar

Gabriela Horn alias Paenda (Musikerin)

Ich bin gebürtige Steirerin und lebe in Wien, bin verheiratet mit meiner Musik und habe deshalb schon graue Haare“, so stellt sich Gabriela Horn alias Paenda gestern den Österreichern vor. Mit dem Song „Limits“ wird sie Österreich beim Song Contest am 16. Mai vertreten. Eigentlich sind ihre Haare übrigens mehr blau als grau, das Blau auf dem Kopf ist ihr Markenzeichen.

Seit 2015 ist Paenda schon als „One-Woman-Show“ unterwegs: Sie schreibt und produziert allein, zumindest bei ihrem neuen Album war das so, das Ende April (wie passend!) erscheinen soll. Dafür rührt die Steirerin schon jetzt die Werbetrommel – auch den ESC wird sie zu Promotionszwecken nutzen. Paenda will eben auch abseits des ESC als Künstlerin wahrgenommen werden. Ihre beiden Alben „Evolution I“ (veröffentlicht im Februar 2018) sowie das anstehende „Evolution II“ sind in ihrem Zuhause in Ottakring entstanden. Gefeierte wurde Paenda für ihr erstes Werk heuer auf dem Donauinselfest oder als Support der britischen Popsängerin Jessie J – ein absolutes Highlight für die 31-Jährige. Unterstützt wird Paenda auf der Bühne von ihrer Schwester, die Teil ihrer Live-Band ist. Und zudem äußerst talentiert sei, verrät Paenda.

Ob die Schwester als Unterstützung in Tel Aviv dabei sein wird, ist noch ungewiss. Paenda will auf jeden Fall als starke, selbstbewusste Künstlerin auftreten. Zu hoffen bleibt aber, dass der Musikerin noch eine bessere Antwort auf die Frage nach dem Ursprung ihres Namens einfällt – bisher: „Ich sehe morgens wie ein Panda aus.“ Gleichzeitig wird sie sich auch eine Antwort auf die Frage über-

legen müssen, ob ein Song über das Grenzen-Setzen in Israel auch falsch verstanden werden könnte. (bunt)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 36





Was geschah noch alles hinter diesen Mauern? Das Land will im Fall Martinsbühel jetzt eine Dreierkommission einsetzen. Foto: Böhm

Martinsbühel: Land erhöht Druck auf Orden

Landesregierung beschloss die Einsetzung einer Dreierkommission, um die Vorfälle restlos aufzuklären. Für Platter stehen Benediktinerinnen in der Pflicht.

Innsbruck, Zirl – Das, was hinter den Mauern des einstigen Mädchenheims Martinsbühel in Zirl (samt angeschlossener Sonderschule) alles passiert ist, mag man sich im Detail nicht ausmalen. Fakt ist – in diesem Missbrauchsskandal sind bereits Untersuchungen im Rahmen einer Opferschutzkommission erfolgt und Wiedergutmachungszahlungen erfolgt. Und doch harrt dieses dunkle Kapitel immer noch einer umfassenden Aufarbeitung. Auch, weil sich der damals zuständige Orden der Benediktinerinnen nach wie vor weigert, sich an einer Aufklärung zu beteiligen.

„Dass der Orden bis dato Informationen abgelehnt hat, ist nicht in Ordnung.“

Günther Platter
(Landeshauptmann, ÖVP)

Auch unter dem Eindruck einer im Landtag eingelangten, von 2500 Personen unterstützten Petition, musste die Landesregierung gestern handeln. Und so verkündete Landeshauptmann Günther Platter (VP) im Anschluss an die Regierungssitzung, dass noch kommende Woche – aufbauend auf den einstigen Erkenntnissen – eine „Dreierkommission“ eingerichtet werden soll. Diese soll sich aus Vertretern des Landes, der Diözese und des Ordens zusammensetzen. Diese Vorgangsweise sei mit Bischof Hermann Glettler akkordiert,

so Platter. Und er richtet einen eindringlichen Appell an die Ordensspitze: „Es darf hier kein Pingpong-Spiel geben. Der Orden soll sich beteiligen, damit wir zu einer raschen Aufklärung kommen.“

Hier hakt FP-Klubobmann Markus Abwerzger ein: „Da die ehemaligen Nonnen nichts bezüglich Aufarbeitung der Vorfälle wissen wollen, sind nun kirchenrechtlich die diesbezüglichen Instanzen zur Verantwortung zu ziehen.“ Das wäre laut FP der Abt der Benediktinerabtei von Engelberg und die Ordenskongregation in Rom.

Doch auch wenn der Orden absagt, die Kommission werde so oder so eingesetzt, versichert Platter. Das Aufgabenspektrum werde ausgearbeitet. Die Landesregierung erwartet sich, dass nicht nur der Kontakt zu den Opfern und den noch lebenden Verantwortlichen des Ordens hergestellt, sondern auch, dass das Umfeld von Martinsbühel in die Erstellung eines Gesamtbildes miteinbezogen werde. „Wir wollen eine breite Aufklärung haben“, betonte Platter.

Dass die schwarz-grüne Regierung einerseits eine Kommission einsetze, während der schwarz-grün dominierte Landtag einen eigenen U-Ausschuss ablehnt, will Platter nicht kommentieren. Für Letzteres sei der Landtag zuständig. LHStv. Ingrid Felipe (Grüne) sieht in der Kommission gegenüber einem U-Ausschuss die bessere Variante: „Weil es hier auch um Verantwortung geht.“ (mami)

Tirol Kliniken lehnen Reform der Arzttarbeitszeit ab

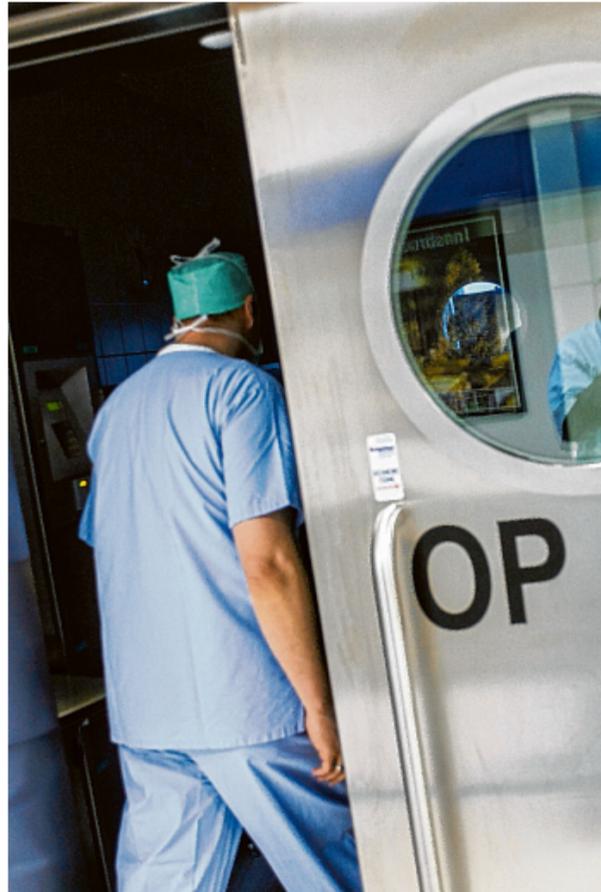
Für Holding-Vorstand Deflorian ist Ministeriumsvorschlag nicht umsetzbar.

AK-Studie: Arbeitsklima in Gesundheitsberufen unterdurchschnittlich.

Innsbruck – Arbeiterkammerpräsident Erwin Zangerl kann mit der vom Gesundheitsministerium geplanten Änderung des Arbeitszeitgesetzes für Spitalsärzte nichts anfangen. „Diese Maßnahme ist klar abzulehnen“, sagt Zangerl und untermauert das mit einer gestern veröffentlichten Studie über das Arbeitsumfeld im Tiroler Pflege- und Gesundheitswesen. „Sie offenbart enormes Verbesserungspotenzial und massiven Handlungsbedarf“, verweist der AK-Chef darauf, dass der Arbeitsklima-Index mit 62 Punkten um rund zehn Punkte unter jenen aller Beschäftigten liegt.

Was hat es nun mit den möglichen Änderungen des Spitalsärzte-Arbeitszeitgesetzes auf sich? Am 17. Oktober des Vorjahres fand eine Besprechung von Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) mit den Vertretern der Länder, der Ärztekammer und Betreibern der Krankenhäuser statt. Ein Formulierungsvorschlag mit den gesetzlichen Neuerungen wurde vom Gesundheitsministerium versandt. Die Ruhezeiten nach Bereitschaftsdiensten sollen von elf auf fünf Stunden verkürzt, gleichzeitig eine 1,5-fache „Ausgleichsruhe“ zugestanden werden.

Der Vorstand der Tirol Kliniken Stefan Deflorian spricht von „nicht administrierbaren Regelungen“. Seine Position ist klar: Der vorliegende Gesetzesentwurf entspreche nicht den Vorstellungen der Tirol Kliniken. Gleichzeitig spricht sich Deflorian dafür aus, dass die „Opt-out“-Regelung für Spitalsärzte, die mit ihrer Zustimmung länger als 48 Stunden pro Woche arbeiten wollen, über Mitte 2021 hinaus verlängert wird. Von



Die Belastung in Gesundheits- und Pflegeberufen ist enorm. Verbesserungen werden gefordert, Änderungen beim Arbeitszeitgesetz abgelehnt. Foto: Böhm

„Die geplanten Änderungen der Arbeitszeitregelung entsprechen nicht unseren Vorstellungen.“

Stefan Deflorian
(Vorstand der Tirol Kliniken)

einem Auslaufen der Übergangsregelung hält er nichts. Auch Betriebsvereinbarungen müssten laut Deflorian weiter möglich sein.

So weit, so gut: Die Arbeiterkammer sorgt sich indes um die Beschäftigten in den Gesundheitsberufen. Das In-

„Die Studie offenbart massiven Handlungsbedarf im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe in Tirol.“

Erwin Zangerl
(Arbeiterkammerpräsident)

stitut für empirische Sozialforschung IFES hat dazu eine Befragung gestartet, die Rücklaufquote betrug 22 Prozent. 5761 von 26.282 Mitarbeitern in Tirol haben daran teilgenommen. Vor allem die große Verantwortung belastet: 35 Prozent fühlen sich dadurch

stark, 25 Prozent sehr und 17 Prozent belastet. Weitere besonders belastende Faktoren sind laut der AK-Studie Zeitdruck, seelisch belastende und aufreibende Arbeit sowie ständiger Arbeitsdruck ohne Zeit zu verschlafen.

Das alles hat auch gesundheitliche Folgen. So klagen 57 Prozent über Muskelverspannungen im Nacken- und Schulterbereich, 54 Prozent über Kreuzschmerzen bzw. Probleme mit dem Rücken, 41 Prozent über Erschöpfung oder Niedergeschlagenheit sowie 39 Prozent über Einschlaf- und Durchschlafstörungen. Obwohl 81 Prozent der Ärzte, Pfleger, Assistentinnen oder Angestellten im Rettungsdienst mit der Art und dem Inhalt ihrer Tätigkeit sehr zufrieden bzw. zufrieden sind, ist es für 38 Prozent eher und für 16 Prozent sehr unwahrscheinlich, dass sie ihre Tätigkeit im Gesundheitsbereich bis zur Pension noch ausüben können.

Für Zangerl sind die Schlussfolgerungen aus der Studie klar: „Es braucht gesunde und faire Arbeitsbedingungen, wie bessere gesetzliche Rahmenbedingungen, etwa bei den Arbeitszeiten, entsprechend mehr Personal und verbindliche Vorgaben für den Nachtdienst.“ Gleichzeitig müsste die Pflege aufgewertet werden: „Für einen attraktiven Pflegeberuf ist eine faire Bezahlung unabdingbar“, betont Zangerl. Denn Pflege sei Schwerstarbeit. Für den AK-Präsidenten drückt sich die fehlende Wertschätzung für das Pflegepersonal im Einkommen aus. „Die AK fordert deshalb einen fairen Lohn und gerechte arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen für alle Arbeitnehmer in den Gesundheits- und Pflegeberufen.“ (pn)

Sesselrücken im Wirtschaftsband

Innsbruck – Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf (VP) stellt ihre Bezirksobfrauenschaft im Innsbrucker Wirtschaftsband zur Verfügung. „Ich trete nicht mehr an“, sagte Zoller-Frischauf gestern gegenüber der TT mit Verweis auf die jetzt für den 2. April fixierten Neuwahlen in der Bezirksstelle des Wirt-

schaftsbundes. Dort hätten bereits 2018 Neuwahlen auf dem Programm gestanden – aufgrund von Landtags- und Innsbrucker Gemeinderatswahl entschied man sich für einen Aufschub um ein Jahr. Intern sei ihr Rückzug schon länger bekannt gewesen.

Der Neuwahltermin soll in der heutigen Sitzung des Be-

zirksvorstandes offiziell werden, an welcher auch Wirtschaftsband-Landesobmann Franz Hörl zugegen sein soll. Zoller-Frischauf hatte das Amt 2009 von Hilde Zach übernommen. Über mögliche Nachfolger will sich Zoller-Frischauf nicht äußern, nur so viel: „Wir haben in Innsbruck viele Junge.“ (mami)



Zoller-Frischauf hört als Obfrau des Wirtschaftsbandes auf. Foto: Böhm

Kurzmeldungen

Lkw-Brand im Arlberggtunnel

Langen a. A. – Etwa 500 Meter vor dem Westportal auf Voralberger Seite fing gestern gegen 14 Uhr im Arlberggtunnel ein Sattelschlepper Feuer. Der Brand konnte nach 30 Minuten gelöscht werden, verletzt wurde bei dem Vorfall niemand. Der Tunnel wurde nach der Kontrolle und Reinigungsarbeiten gegen 16.30 Uhr wieder für den Verkehr freigegeben. (TT)



Die Feuerwehr konnte den Brand rasch löschen. Foto: zoom.tirol

Schneebrett ging auf Straße ab

Navis – Am Dienstagabend ging auf die Naviser Landesstraße ein Schneebrett ab. Auf einer Länge von 25 Metern wurde ein Teil der Strecke dabei bis zu zwei Meter hoch verlegt. Personen kamen durch den Abgang keine zu Schaden. Die Aufräumarbeiten wurden durch das Baubezirksamt durchgeführt. (TT)

Schusswaffen aus Spind gestohlen

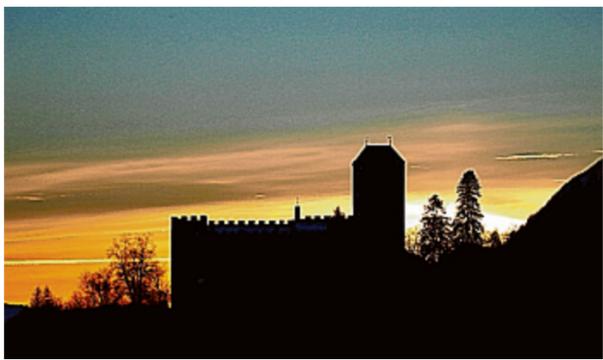
Fulpmes – Ein Einbruch in den vergangenen Tagen in Fulpmes beschäftigt jetzt die Polizei. Zwischen dem 27. Jänner abends und gestern mittags wurden aus dem versperrten Spind eines Kellers mehrere Schusswaffen gestohlen. Der Tathergang und die Höhe des Schaden sind vorerst noch unklar. (TT)

Beihilfen zu Unrecht kassiert

Innsbruck – Die Polizei hat in Innsbruck einen 53-jährigen Bulgaren ausgeforscht, der über mehrere Jahre Notstandshilfe und Mietzinsbeihilfe bezog, obwohl er einen regen Handel mit Gebrauchtautos führte. Ihm konnte nachgewiesen werden, dass er seit 2015 Fahrzeuge um mehr als 600.000 Euro ankauft und ohne eine Gewerbeberech-

tigung zu besitzen nach Bulgarien exportierte. Durch den widerrechtlichen Bezug von Sozialleistungen ergibt sich seit dem Jahr 2016 ein Schaden in der Höhe von mindestens rund 45.000 Euro zum Nachteil des Arbeitsmarktservice und des Stadtmagistrates Innsbruck. Der Bulgare wird wegen Verdachts des schweren Betruges auf freiem Fuß angezeigt. (TT)

Foto des Tages



Schloss Bruck bei Sonnenaufgang. Anton Weichselbraun aus Kals am Großglockner hat uns das Foto geschickt.

Baby des Tages



Leonie herzt mit Freude ihr Brüderchen Leon. Foto: Zimmermann

Leonie ist stolz auf Leon

Wattens – Leonie (4 Jahre) wünschte sich für ihr Brüderchen den Namen Leon. Stefanie Jadhav schenkte am 24. Jänner 2019 dem jüngsten Wattener in der Innsbrucker Klinik mit 3500 Gramm und 52 Zentimetern das Licht der Welt. Papa Omesh Jadhav freut sich riesig. (zip)

Aufklärung, Entschädigung und Entschuldigung gefordert

Thema: Missstände im ehemaligen Mädchenheim Martinsbühel.

Wenn du jetzt nicht brav bist, dann kommst du ins Heim.“ Diese in unseren vier Wänden nur in äußerster Hilflosigkeit ausgestoßene und nie wirklich ernst gemeinte elterliche Drohung war für viele Kinder hingegen der real existierende Horror auf Erden.

Ein ORF-teleobjektiv-Bericht von Kurt Langbein über das Kinderbeobachtungszentrum der Maria Nowak Vogl in Innsbruck führte den Blick erstmals hinab in diese Hölle. Und auf das unvorstellbare Leid, das den 3600 Kindern da zwischen 1954 und 1987 widerfahren ist. „Kinderpatienten“ hat man sie genannt und „Therapie“ deren schreckliche Behandlung. Gitter wa-

ren vor ihren Fenstern, ihre Briefe wurden zensuriert, mit Medikamenten an ihnen experimentiert. Gedeckt von Politik, Medizin, Wissenschaft und Kirche. So viele haben weggeschaut und den Täterinnen und Tätern noch einen ehrenvollen Platz auf der gesellschaftlichen Bühne eingeräumt. Fassungslos und zornig hat mich das gemacht. Der Historiker Horst Schreiber hat mit seinen Berichten über die Missstände in den Tiroler Kinder- und Jugendheimen diese Eiterbeule im heiligen Land endlich zum Platzen gebracht.

Vor drei Jahren erlebte ich den wohl traurigsten Tag in meiner aktiven Zeit als Politiker: ein Nachmittag im ehemaligen Mädchenheim Martinsbühel. Zwei Heimkin-

Frauen, führten uns durch das leere Gebäude. Und erzählten: vom Terrorregime der Nonnen, Missbrauch an Hunderten Mädchen, jahrelangem Martyrium. Von der Gewalt, der Folter, den sexuellen Übergriffen, dem entwürdigenden Bloßstellen. Von tagelanger Einzelhaft in der Dunkelkammer. Und von ihrem späteren Spießrutenlauf, durch Behörden, staatliche und kirchliche Stellen. Für Entschädigungen, für Pensionszahlungen, für Entschuldigungen. Erst 2008 (!) wurde das Heim der Benediktinerinnen geschlossen. Und wieder haben es so viele gewusst und weggeschaut.

Jetzt gibt es eine Petition an den Tiroler Landtag, dem Initiator und den über 2500 Zustimmungen sei gedankt, sich mit den Missständen im Mäd-

chenheim Martinsbühel zu beschäftigen. Wohl das Mindeste, um dieses Verbrechen an Kindern und Jugendlichen auf kirchlichen und politischen Ebenen zu sühnen.

Vielleicht schenkt ja das Jubeljahr rund um Kaiser Maximilian allen Verantwortlichen das christliche Rückgrat und den notwendigen Anstand. Denn dieser letzte Ritter und erste Europäer, der ebendort, am Fuße der Martinswand, sein Jagdschloss stehen hatte, hätte wohl mit dem Schwerte gegen diese Abscheulichkeiten gekämpft. Das Schwert des Tiroler Landtages, gemeinsam mit der Kirche, sind lückenlose Aufklärung, materielle Entschädigungen und eine öffentliche Entschuldigung.

Mag. Thomas Pupp, Götzens

Ethikunterricht als Pflichtfach

Thema: Ethik- und Religionsunterricht.

Die politische Diskussion um Ethik- und/versus Religionsunterricht ist gekennzeichnet durch fehlendes Grundsatzwissen der Beteiligten.

Die Ethik, bzw. der Ethikunterricht, vermittelt die Basis für ein friedliches, respektvolles Zusammenleben, unabhängig von Religion, Hautfarbe, Geschlecht, Alter, sozialer und sexueller Prägung. Folglich kann der Ethikunterricht nicht als „Ersatz“ für einen konfessionellen Religionsunterricht gesehen werden, da Ethik grundlegend ist und vollkommen unabhängig von jeglichen Ideologien und Dogmen betrachtet werden muss.

Unter diesem Aspekt sollte der Ethikunterricht als Pflichtfach eingeführt werden. Ein konfessioneller Religionsunterricht könnte als freies Wahlfach für die jeweilige Glaubensgruppe bestehen bleiben.

Dr. phil.fac.theol. Peter Raneburger
9971 Matrie in Osttirol

Nachtrag zum Südtiroler Sieg

Thema: Skirennen und Sieger in Kitzbühel.

Ein Tiroler ist Hahnenkammsieger oder sind Südtiroler keine Tiroler?

Als Wahltiroler (seit 1970) kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei meinen Wahl-Landsleuten der Sieg eines Südtirolers deutlich weniger gefeiert wird als der eines österreichischen Tirolers.

Gelten uns Tiroler mit italienischem Pass wirklich weniger als jene mit österreichischem Pass?

Wieso nur? Sie sind ja nicht abtrünnige, sondern oft gegen ihren Willen abgetrennte Tiroler, die uns eigentlich gleich nahe stehen müssten wie die österreichischen Tiroler im Norden und Osten.

Ich freue mich über den Hahnenkammsieg (justament) gleich wie beim Sieg eines österreichischen Tirolers.

Mag. Josef Georg Simmerstätter
6320 Angerberg

Die hier publizierten Leserbriefe geben nicht die Ansicht der Redaktion, sondern nur die des Verfassers wieder. Im Interesse der Meinungsvielfalt behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Bitte geben Sie Ihren vollen Namen und die Adresse sowie für allfällige Rückfragen Ihre Telefonnummer an. Tiroler Tageszeitung, Abteilung Leserbriefe, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck oder leserbriefe@tt.com

PREISKICK

JETZT FÜR KURZE ZEIT

Da bin ich mir sicher.

Donnerstag bis Samstag, 31.01. bis 02.02.

<p>Hochrückensteak • natur oder • mariniert</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold; color: red;">JETZT FÜR KURZE ZEIT</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold;">9,99</p> <p style="font-size: 0.8em;">per kg</p>	<p>Bananen</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold; color: red;">-37%</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold;">7,88</p> <p style="font-size: 0.8em;">per kg</p>
<p>Dole Trauben kernlos weiß Klasse I 500 g</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold; color: red;">-35%</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold;">1,29</p> <p style="font-size: 0.8em;">per Packung</p>	<p>Rote Rüben vorgekocht aus Österreich 500 g</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold; color: red;">-30%</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold;">7,69</p> <p style="font-size: 0.8em;">per Packung</p>
<p>Saftiges Krustenbrot 750 g</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold; color: red;">-31%</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold;">1,09</p> <p style="font-size: 0.8em;">per Stück</p>	<p>Puntigamer 5,1 96-Vol. 0,5 l</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold; color: red;">-27%</p> <p style="text-align: right; font-weight: bold;">7,69</p> <p style="font-size: 0.8em;">per Dose</p>

SCHNELL ZUGREIFEN
AB SOFORT REDUZIERT! - SOLANGE DER VORRAT REICHT

WE LOVE BASICS Mikrofaser-Bettwäsche

-25%

5,99

per Garnitur

BLUE MOTION Damen-Hose „Chino-Style“

-30%

6,99

per Stück

BLUE MOTION Damen-Jersey-Shirt

-33%

3,99

per Stück

ab Donnerstag, 31.01.

Multimedia-PC-System MEDION® AKOYA® P32010 (MD34140)

499,-

per Stück

ab Samstag, 02.02.

Österr. Bio-Sirup
700 ml

3,49

per Flasche

Österr. Bio-Äpfelmos
370 ml

1,29

per Glas

zurück zum Ursprung
Bio, das weiter geht.

„Tirols Familienfreundlichster Betrieb 2017/2018“
Kategorie: ab 101 MitarbeiterInnen

Bitte beachten Sie, dass sämtliche Aktionsartikel, im Unterschied zu unserem dauerhaft erhältlichen Sortiment, nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung stehen. Abgabe nur in Haushaltsmengen und solange der Vorrat reicht. Bei Textilien und Schuhen sind teilweise Modelle nicht in allen Größen erhältlich. Beim Kauf eines Elektro-/Elektronikartikels können Sie Zug um Zug ein Gerät gleichwertiger Art unentgeltlich in unserer Filiale zurückgeben. Kein Flaschenpland, inkl. sämtlicher Steuern. Alle Artikel ohne Dekoration. Die Abbildungen verstehen sich als Serviervorschläge bzw. Symbolfotos. Die „statt“-Preise waren unsere bisher gültigen Verkaufspreise. Bei Preissenkungen ist die Angabe der %-Senkung kaufmännisch gerundet. Bitte beachten Sie, dass vereinzelt Filialen ein abweichendes Sortiments- und Aktionsartikelangebot führen. Diese sind auf hofer.at/filialen zu finden sowie vor Ort entsprechend gekennzeichnet. Technische und optische Änderungen sowie Satz- und Druckfehler vorbehalten.



Die Einsatzkräfte bei der hydraulischen Hebebühne, auf der der deutsche Arbeiter ums Leben kam. Foto: zeitungsfoto.at

Bei Stromunfall getötet

Hall – Tragischer Arbeitsunfall in Hall: Ein 38-jähriger Deutscher kam am Samstagvormittag mit einer Starkstromleitung in Berührung und verlor dabei sein Leben.

Der Mann war damit beschäftigt, auf dem Gelände einer Firma Plakate

aufzuhängen. Dazu verwendete der 38-Jährige eine hydraulische Hebebühne. Gegen neun Uhr kam der Deutsche der 110-Kilovolt-Leitung zu nahe. Der Arbeiter dürfte auf der Stelle tot gewesen sein – jede Hilfe kam zu spät. (TT)

Die Schrecken

Die geforderte Aufklärung über die grausamen Vorgänge im Mädchenheim Martinsbühel beschäftigt viele Stellen. Die Frage lautet: Wer hätte die Misshandlungen und Kinderarbeit sehen müssen?

Von Liane Pircher

Innsbruck, Zirl – Unrecht darf nicht verjähren. Ein Satz, der einen sofort in den Sinn kommt, wenn man vor dem hohen grauen Gemäuer in Martinsbühel steht. Verwaist und verlassen wirkt der Schauplatz des Verbrechens. Einzig und allein die angrenzende Bauernschaft mitsamt Kühen in einem Freilaufstall wird bewirtschaftet. „Vorhof zur Hölle“ nennt Sonja Cäcilia Reich diesen Ort. Sie war mit ihrer jüngeren Schwester mehrere Jahre in Martinsbühel untergebracht.

Wie viele andere Mädchen kann sie von Schlägen aufs nackte Gesäß, von brutalen Übergriffen beim Duschen, schwerer körperlicher Arbeit und einem Einsperrtsein mit Zwangsjacke in dunklen Kellern erzählen. Es hat viele Jahre gedauert, bis sie Erlebtes verarbeitet habe. Über Jahre konnte sie Berührungen nicht ertragen. Heute hilft sie als

psychosoziale Beraterin und Mediatorin anderen Menschen in Krisen und sagt: „Die Opferrolle alleine macht auf Dauer klein, da muss man rausfinden und Frieden schließen. Nicht alle Schwestern waren brutal.“ Wenn es um eine offene Aufklärung geht, sagt sie: „Hier reden viel zu viele mit, die nicht wissen, was wirklich passiert ist.“ Die Verantwortlichen, das wären ihrer Meinung nach die damalige Jugendwohlfahrt des Landes Tirol, jene Psychiater, die zuwiesen und

„Meines Wissens nach gab es kein schuldhaftes Verhalten früherer Gemeindevertreter im juristischen Sinn.“

Thomas Öfner (BM Zirl)

vom Land bestellt worden seien, und der Orden der Benediktinerinnen. Außenstehende hätten die Vorgänge nur schwer mitbekommen können:

„Bei Besuch steckten uns die Schwestern in nette Rüschenkleider und wir mussten zum Singen aufmarschieren.“ Medizinisch seien sie damals völlig vernachlässigt worden, ganz selten habe sie einen Arzt zu Gesicht bekommen – meist, wenn es um Impfungen ging.

Die Frage „Habt ihr nichts mitbekommen?“ muss sich die Familie Lackner seit Jahren anhören. Ferdinand Lackner war als Kind auf dem angrenzenden Hof aufgewachsen, sein Vater war Gutsverwalter. Eine Arbeit, die er später selbst übernahm. Lackner ärgert, dass es oft so rüberkomme, als hätten Heimkinder auch auf seinem Elternhof mitschuftet müssen. Das sei nicht der Fall gewesen, man habe getrennt gewirtschaftet. Die Nonnen hatten auch Flächen von Sankt Peter angepachtet, um sich mit Gemüse zu versorgen. Der Rest wurde teils aus ihrem Betrieb in Scharnitz bezogen, teils zugekauft. Zu

Unbekannter schlug 15-Jährigen brutal nieder

Jenbach – Ein 15-Jähriger wurde am Freitag gegen 21 Uhr von hinten mit einem unbekanntem Gegenstand niedergeschlagen und musste mit Verletzungen im Gesicht und an den Händen ins Krankenhaus Schwaz gebracht werden.

Der Jugendliche war am Weg vom Jugendzentrum Jenbach attackiert worden. Der unbekannte Täter verpasste dem Jenbacher zahlreiche Faustschläge, das Motiv ist rätselhaft. Die Fahndung blieb bisher ergebnislos. (TT)



Tatort ist dieser nachts schwach beleuchtete Weg. Foto: zoom.tirol

Unverletzt aus Lawine geborgen

Hochfügen – Bei einem Lawinenabgang im Skigebiet Hochfügen an der Nordseite des Pfaffenbühels wurde ein deutscher Wintersportler im freien Skiraum von einer Lawine rund 70 Meter mitgerissen und einen Meter tief

vergraben. Der Bruder des Mannes konnte den Verschütteten mit seinem Lawinensuchgerät orten und rund fünf Minuten später unverletzt ausgraben. Der alarmierte Heli konnte am Weg zum Einsatzort wieder abdrehen. (TT)

will keiner gesehen haben



Hinter diesen Mauern unterhalb der Martinswand wurden gesunde und behinderte Mädchen geschlagen, in Zwangsjacken ins Dunkle gesteckt und zu harter Arbeit gezwungen. Bekannt wurde dies bereits 2010, geschlossen wurde das Heim 2008, „mangels Nonnen“.

Fotos: Rachle

den Geschehnissen sagt er: „Das Arbeiten auf den Feldern haben wir natürlich gesehen, aber damals waren arbeitende Kinder in der Landwirtschaft nichts Besonderes, wir selbst mussten ja auch auf dem Hof mithelfen. Dass die Zustände hinter den Mauern dermaßen katastrophal und gewalttätig waren, haben wir nicht gewusst.“ Aufgearbeitet hat der Bildhauer das Thema trotzdem, in Mar-

„Die Schwestern wussten ihre Brutalität nach außen hin zu verbergen. Man muss aber Frieden schließen.“

(Sonja Cäcilia Reich, Betroffene, heute Konfliktcoach)

tinsbühel stehen von ihm gearbeitete Skulpturen, die dem Thema „Missbrauch“ teils ein eindrucksvoll beängstigendes Gesicht geben. Heute

„Mein Kloster ist nur Eigentümer dieser Liegenschaft. Die Verantwortung für Geschehenes liegt nicht bei uns.“

(Abt Korbinian Birnbacher, Erzabtei St. Peter Salzburg)

gibt es keinen Gutsverwalter mehr, aber Sohn Matthias ist zumindest Pächter des Anwesens, das nach wie vor dem Benediktinerstift Sankt Peter

in Salzburg gehört. Dieses sieht sich nicht in der Verantwortung: „Unser Kloster ist lediglich Besitzer der Liegenschaft. Als Abt kann ich nur für mich und meine Mitbrüder Verantwortung übernehmen, nicht aber für die Benediktinerinnen“, sagt Abt Korbinian Birnbacher.

Er sieht jetzt das Land Tirol in der Pflicht. Zudem von den Schwestern, die teils verstorben, teils hochbetagt und dement

sind, nicht mehr viel zu erwarten sei. Insgesamt, so der Abt, habe er aber den Eindruck, dass noch einmal Stimmung gemacht werde, obwohl Entschädigungszahlungen von den Nonnen geflossen seien.

Das Ausmaß des Verbrechens macht den aktuellen Bürgermeister von Zirl, Thomas Öfner, betroffen. Seines Wissens nach gebe es kein schuldhaftes Verhalten im juristischen Sinne seitens seiner Vorgänger, dennoch: „Das Ganze ist auf dem Gemeindegebiet Zirl passiert und deshalb sehe ich zumindest eine moralische Verantwortung, mich vertiefend darüber zu informieren, was in Martinsbühel geschehen ist. Da bin ich dran.“

Öfner war Teil einer Delegation, die diese Woche in Salzburg bei Abt Birnbacher vorstellig wurde – mit Vertretern vom Land. Es ging u. a. um die künftige Nutzung des Areals. Seitens der Gemeinde Zirl sei man interessiert. Noch laufen die Gespräche, keine will über „ungelegte Eier“ reden. Aktuell sprechen alle – auch der Abt – von einer touristischen Nachnutzung. Man wolle mit der nötigen Sensibilität an das Projekt herangehen.

Auto ausgeräumt. In der Franz-Fischer-Straße in Innsbruck haben Unbekannte in der Nacht von Freitag auf Samstag zwischen 21 und 0,50 Uhr die Scheibe eines Pkw eingeschlagen und zwei Mobiltelefone und eine Brieftasche mit Bankomat- und Kreditkarte gestohlen. (TT)



Symbolbild: zoom.tirol

Hoteltresor in Sölden geknackt

Sölden – In der Nacht auf Freitag drangen Einbrecher in das verschlossene Büro eines Hotels in Sölden ein. Dort brachen sie den Schlüsseltresor auf, um an den Schlüssel für den Haupttresor zu gelangen. Auch das zusätzlich

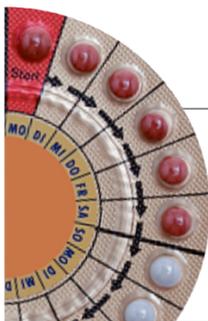
versperrte Schließfach im Haupttresor konnte die Diebe nicht stoppen – das Schließfach wurde mithilfe eines Werkzeugs aufgebrochen. Laut Polizei wurde ein fünfstelliger Betrag erbeutet, die Ermittlungen sind im Gang. (TT)

Tiroler Tageszeitung

Aktuelle Berichte aus der Welt der Mobilität

Mehr zu Auto und Motor finden Sie auf tt.com

www.tt.com/auto



„Pille“ mit neuer Warnung
Depression und Suizidrisiko kommen auf den Beipackzettel. **Seite 23**

ÖSV-Boss bereitet Abschied vor
Warum Peter Schröcksnadel auf den richtigen Zeitpunkt warten will. **Seiten 25, 27**

Empfehlung für deutsche Pkw-Maut

EuGH-Anwalt rät Richtern, Wiens Klage abzuweisen. Rechtsexperte hält Begründung für gefährlich.

Luxemburg, Innsbruck – Fahrzeughalter aus dem Ausland werden durch die deutsche Pkw-Maut nicht diskriminiert. Zu dieser Einschätzung kommt der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof und er empfiehlt den EuGH-Richtern, die österreichische Klage abzulehnen. Deren Urteil wird frühestens in einigen Wochen erwartet. Europarechtsexperte Walter Obwexer von der Uni Innsbruck kann die Argumentation des Generalanwalts nicht nachvollziehen. Sie gefährde den Zusammenhalt in der EU, weil sie zur Nachahmung anstifte, warnt er.

Und tatsächlich – Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) hat gestern bereits angekündigt: Sollte der EuGH der Empfehlung des Generalanwalts folgen und es erlauben, dass ausländische Verkehrsteilnehmer stärker finanzi-

ell belastet werden können, während Inländer entlastet werden, „sollte auch Österreich das tun“. Und das gelte nicht nur für die Maut, sondern etwa auch für Studiengebühren, meinte Hofer.

„Die Maut-Maulerei der Österreicher muss jetzt endlich ein Ende haben“, sagte hingegen CSU-Landesgruppen-Chef Alexander Dobrindt gestern. Der angestrebte Systemwechsel von der Steuer zur Nutzerfinanzierung nach dem Prinzip „Wer nutzt, der zahlt, aber keiner zahlt doppelt“ werde vom Generalanwalt voll bestätigt. Dobrindt hatte das CSU-Mautmodell als deutscher Verkehrsminister – gegen den Willen von CDU und SPD – durchgesetzt. Die Maut ist zwar seit 2016 Gesetz, kassiert soll sie aber erst ab 2020 werden. (TT)

Mehr auf den Seiten 2, 3



Sieger Dominik Paris (M./ITA) jubelte beim WM-Super-G im schwedischen Aare über seine erste WM-Goldmedaille, Johan Clarey (I./FRA) und ÖSV-Starter Vincent Kriechmayr (r.) freuten sich über Silber. Fotos: APA/Angerer, iStock, gepa

Silber macht Lust auf mehr

Aare – Der Südtiroler Dominik Paris schnappte sich bei der alpinen Ski-WM in Aare (SWE) die Goldmedaille im Super-G der Herren. Der Triumphtor der Kitzbühel-Abfahrt siegte gestern 0,09 Sekunden vor den beiden ex aequo plat-

zierten Vincent Kriechmayr und Johan Clarey (FRA). Für ÖSV-Rennläufer Kriechmayr war es die erste Medaille bei einem Großereignis. Nach einem Fehler im Mittelteil wäre für den Oberösterreicher noch mehr möglich gewesen.

Matthias Mayer und Hannes Reichelt schieden aus. Morgen folgt die Kombination der Damen – für das Abfahrts-Wochenende droht jedoch Wetter-Ungemach. (TT)

Mehr auf den Seiten 25–27

Missbrauch: Nonnen unter Druck

Für Psychotherapeutin Ulrike Paul steht Martinsbühel für die schlimmste Form von sexuellem Missbrauch.

Innsbruck, Zirl – Die vom Land Tirol eingesetzte Expertenkommission zu den Geschehnissen im ehemaligen Mädchenheim Martinsbühel muss eine große Herausforderung bewältigen. Es geht nämlich auch darum, das Schweigen des Benediktinerordens zu brechen. Für die Innsbrucker Psychotherapeutin Ulrike Paul steht Martinsbühel nämlich unter anderem für die „schlimmste Form von sexuellem Missbrauch“. Verübt von Nonnen. Bisher hat der Benediktinerinnenorden alle Versuche einer Aufarbeitung blockiert. Paul hofft deshalb, dass die Expertenkommission auch das latente Tabu von der weiblichen Täterschaft durch Ordensschwester brechen kann. Die sexuelle Gewalt hat die Weiblichkeit der Mädchen massiv beschädigt. Das Leiden setzte sich vielfach im späteren Leben fort: durch neuerliche Ausgrenzung oder psychische bzw. körperliche Erkrankungen. (pn)

Mehr auf Seite 6

Ferien: Lernen und Erholung

Innsbruck – An Tirols Schulen werden morgen die Semester-nachrichten verteilt und Lehrer und Schüler verabschieden sich in die einwöchigen Ferien. Diese können allerdings dann getrübt sein, wenn die Noten zu wünschen übrig lassen. Die Schulpsychologie der Bildungsdirektion Tirol rät jedenfalls dazu, bei einem schlechten Zeugnis die Ferien nicht ausschließlich dazu zu nutzen, Stoff nachzulernen. Auch die Erholung dürfe nicht zu kurz kommen. (TT)

Mehr auf Seite 5



Neues Machtgefüge für Trump

Seine zweite Rede zur Lage der Nation musste US-Präsident Donald Trump unter den strengen Augen von Nancy Pelosi halten, Sprecherin des Repräsentantenhauses. Durch den Erfolg bei der Kongresswahl 2018 können die Demokraten nun mitbestimmen. Foto: Imago

Mehr auf Seite 11

KÖSt-Senkung als Streitfall

Wien – Eine Senkung der Körperschaftsteuer (KÖSt) für Unternehmen hat die Regierung in ihrem mehrstufigen Steuerreformplan angekündigt. Der Satz solle sich von derzeit 25 Prozent Steuer auf Gewinne „in Richtung“ 20 Prozent bewegen, heißt es. Der Forderung von Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer nach „einem Einser“ vorne – also einer Senkung auf 19 Prozent – erteilt FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs eine Absage. (TT)

Mehr auf Seite 17

Aufgeblättert

Den Moslems sei Dank

Von Michael Sprenger

In Wien ist es dieser Tage spürbar ruhiger. Viele Eltern, die es sich leisten können, sind dieser Tage mit ihren Kindern in den verschneiten Bergen unterwegs, nerven die Daheimgebliebenen mit schönen Fotos aus dem zugedeckten Land. Nächste Woche sind die Tiroler, dann die Oberösterreicher auf der Piste. Und all das ist möglich, weil 1973 die arabischen OPEC-Länder die Erdöllieferungen drosselten, um den Westen für seine israelfreundliche Politik zu bestrafen. Die Regierung Bruno Kreisky führte daraufhin die Energieferien ein – um in den Schulen Heizöl zu sparen. Heute schauen einen die eigenen Kinder verdutzt an, wenn unsereiner von Energieferien spricht. Und es könnte vielleicht zu einem lautstarken Disput führen, wenn man an der Hotelbar am späten Abend erklärt, dass die Liftkaiser und Hoteliers den Moslems und den Sozis dankbar sein müssten. Aber man will ja einen ruhigen Skiurlaub – in den Semesterferien.

WETTER

Freundlicher.

Von Westen her nähert sich eine Schlechtwetterfront. Am Vormittag noch sonnig, gegen Nachmittag zunehmend bewölkt. Die Temperaturen liegen in der Früh bei -9 Grad und steigen im Tagesverlauf auf 6 Grad an. **Seite 38**



-9°
6°

LOTTO

Ziehung vom 6. Februar 2019

13 15 19 26 30 44

Zusatzzahl: 8 Joker: 060186

LottoPlus: 9, 19, 22, 25, 28, 32

Alle Angaben ohne Gewähr

ÖSTERREICH

FPÖ-Boycott. Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) hält ihren Boycott gegen die Freiheitlichen aufrecht. „Weil sich die FPÖ nicht geändert hat“, sagt IKG-Präsident Oskar Deutsch. Der Boycott gelte auch für die von der FPÖ nominierte Außenministerin Karin Kneissl. **Seite 10**



IKG-Präsident Deutsch lehnt Kontakt zur FPÖ weiter ab. Foto: APA/Punz

SO FINDEN SIE

Herzlichkeiten Seite 14
Kinoprogramm Seite 37
Notdienste, Wohin heute Seite 36
Todesanzeigen Seiten 20+21

Österreichische Post AG, TZ 022031607 T
Schlüsselverlag J.S.Moser, Brunecker Straße 3,
6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien



9 015480 000830 0 6

JETZT ZU GEWINNEN:



spiele-mit-verantwortung.at

„Schlimmste Form sexuellen Missbrauchs“

Die Innsbrucker Psychotherapeutin Ulrike Paul betreut(e) ehemalige Heimkinder von Martinsbühel. Sexualisierte Gewalt der Nonnen beschädigte die Weiblichkeit der Mädchen. „Ein zufriedenstellendes Leben hat keine von ihnen.“

Von Peter Nindler

Innsbruck, Zirl – Nicht nur die Heimopfer vom Martinsbühel in Zirl bleiben ein Leben lang Opfer. Gezeichnet von jahrelanger Gewalt ist das spätere Leben misshandelter Kinder und Jugendlicher stets ein Grenzgang. Körperliche und psychologische Beeinträchtigungen wie Herzinfarkte bei Männern oder Gebärmuttererkrankungen bei Frauen sind ständig präsent. Dazu kommen Autoimmunerkrankungen oder Depressionen. Dann oftmals der Kampf um die Frühpensionierung in den Mühlen der Bürokratie. „Viele können sich nicht vorstellen, was die Gewalt in den Hei-



„Der von den Nonnen begangene Missbrauch hat die Weiblichkeit der Mädchen massiv beschädigt.“

Ulrike Paul
(Psychotherapeutin) Foto: Paul

men für die weitere Biografie der Betroffenen bedeutet hat“, erzählt die Psychotherapeutin Ulrike Paul. Seit 2010 hat sie 70 ehemalige Heimkinder betreut und begleitet, darunter rund 15 Mädchen aus Martinsbühel. Im Auftrag der Ombudsstelle für Heimgeschädigte erhielt sie den Auftrag zur psychotherapeutischen Leitung einer Betroffenenengruppe.



Hinter den Mauern des ehemaligen Mädchenerziehungsheims Martinsbühel in Zirl missbrauchten die Nonnen die wehrlosen Mädchen.

Foto: Rachlé

Den Versuch einer umfassenden Aufarbeitung von Martinsbühel ist für Paul ein notwendiger Schritt. „Es geht um ein historisches Gedächtnis. Den Betroffenen ist es wichtig, dass die Geschehnisse nicht in Vergessenheit geraten.“ Und noch etwas werde damit in den Vordergrund gerückt: die unbeschreibliche Grausamkeit und Gewalt der Nonnen von Martinsbühel. Sie schweigen bis heute, die Benediktinerinnen sind an einer Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit nicht interessiert. Ulrike Paul hat zu Martinsbühel eine klare Mei-

nung und fasst das in Worte, was ihr von ihren Klienten geschildert wurde: „Martinsbühel steht unter anderem für die schlimmste Form von sexuellem Missbrauch. Dort war Gewalt allgegenwärtig.“

Mit der vom Land eingesetzten Dreierkommission unter der Leitung der renommierten Expertin auf dem Gebiet von Missbrauch und Gewaltschutz, Margret Aull, könnte das nach wie vor laente Tabu gebrochen werden: die weibliche Täterschaft von Ordensschwwestern. „Die Mädchen in Martinsbühel wurden von den Schwestern

grausam penetriert. Mit dem Vorwurf, du bist Bettnässerin, wurden die wehrlosen Kinder geschnappt. Die Übergriffe erfolgten meist bei den Hygienehandlungen, beim Waschen und Duschen.“ Die Opfer waren hilflos, wer sich Erwachsenen anvertraut hat, dem wurde nicht geglaubt. Dass Nonnen zu dieser Gewalt fähig seien, habe man ihnen nicht zugetraut. „Es wurde mit Mutterliebe abgetan und nicht als Missbrauch gesehen“, betont Paul.

Erst nach Jahren konnten die ehemaligen Heimkinder, wenn überhaupt, darüber

sprechen. Das geht zugleich mit ganz viel Scham einher. Weil, so Paul, „der Missbrauch ihre Weiblichkeit massiv beschädigt hat“. Martinsbühel ist wohl der dunkelste Schattenschein, der auf der Fürsorgepolitik des Landes liegt, die die Mädchen in das Erziehungsheim zugewiesen hat. Und auf der katholischen Kirche und ihren Orden. Umso wichtiger wäre für Ulrike Paul die uneingeschränkte Einsichtnahme in alle Akten, „damit die Verantwortung geklärt wird. Auch der Umgang mit Menschen mit Behinderung, die in Martinsbühel unterge-

bracht waren.“

Zu lange hat die Öffentlichkeit weggeschaut, das Land Tirol seine Aufsichtspflicht verletzt. Geblieben sind für das Leben gezeichnete Menschen. Zuerst weggesperrt, der körperlichen und sexuellen Gewalt der Nonnen bzw. der weltlichen Aufseherinnen ausgesetzt und damit für ihr späteres Leben ebenfalls stigmatisiert. Wieder an den gesellschaftlichen Rand gedrängt, wo sie vielfach wieder Gewalt und Missachtung erlebt haben. Paul: „Unabhängig von allen Therapien und Hilfestellungen – ein zufriedenstellendes Leben hat keine von ihnen.“

Kritik übt sie an den Entschädigungskommissionen, an der unterschiedlichen Beurteilung und finanziellen Entschädigung. „Viele können das nicht nachvollziehen, einigen wurde wiederum nicht geglaubt, was sie aufgeschrieben haben.“ In vielen Fällen wurde den Betroffenen einfach gesagt, sie sollen das zusammenschreiben, was passiert ist. Darüber kann Paul nur den Kopf schütteln. „Als ob das so einfach wäre. Ein Trauma kann man nur schwer in Worte fassen.“

Tirols Soziallandesrätin Gabriele Fischer (Grüne) will sich nicht konkret dazu äußern, versichert jedoch, „dass die Vorschläge der vom Land eingesetzten Expertenkommission zu Martinsbühel danach natürlich vollinhaltlich umgesetzt werden“. Rund 100 betroffene Menschen aus Martinsbühel haben sich an die Ombudsstelle der Diözese Innsbruck gewandt, ein Großteil davon wurde entschädigt.

Freude, Erinnerungen und eindrucksvolle Bilder

Seefeld – Natürlich ist es kein Zufall, dass zwei Wochen vor Beginn der Nordischen Ski-WM in Seefeld zur Vorpremiere ins Kino aufs Hochplateau geladen wurde. Präsentiert wurden zwei bildgewaltige Dokumentationen von den



Regisseuren Manfred Corrine und Christian Puluj. „Universum“ und „Universum History“ porträtierten Natur und Geschichte der Region in eindrucksvollen Bildern und

werden am Dienstag, den 12. Februar, um 20.15 und 21.05 Uhr in ORF 2 zu sehen sein. „Einfach fantastisch, dass das geklappt hat. Unsere Region hat so viel zu bieten, aber der Sendetermin eine Woche vor Eröffnung der WM ist natürlich für uns schon ein tolles Signal und sehr werbewirksam“, freute sich Seefelds TVB-Obmann Alois Seyrling.

Gefreut haben sich auch all die anderen Gäste, die am Dienstagabend ins Kino Seefeld kamen. Skisprunglegende Hubert Neuper reiste mit Frau Claudia aus der Steiermark an, um dabei zu sein. „Seefeld ist zu allen Jahreszeiten traumhaft und die Möglichkeiten, Sport zu treiben,

Vorpremiere zweier bildgewaltiger Dokumentationen: „Universum“ und „Universum History“



Seefelds TVB-Obmann Alois Seyrling (l.) mit BM Werner Frießer und Regisseur Manfred Corrine (M.) bei der Premiere im Kino Seefeld.

sind perfekt. Mit der Toni-Seeloschanze verbinde ich viele Erinnerungen. Zum einen bin ich in meinen Anfängen von

36 auf 59 Meter gesprungen und zum anderen hab' ich dort mit dem letzten Sprung meine Karriere beendet.“



Kamen aus der Steiermark: Skisprunglegende und Kulm-Mastermind Hubert Neuper mit Frau Claudia und Martin Demmerer (l.; Interspot Film).



ORF-Landesdirektor Robert Unterweger, Regisseur Christian Puluj, Tom Matzek (ORF Bildung, Wissenschaft, Zeitgeschehen, v. r.).



Seefelds TVB-Geschäftsführer Elias Walser mit Cine-Tirol-Chef Johannes Köck (r.).



Das Seefeldler Hotelierspaar Regina (l.) und Alois Albrecht mit GC-Seefeld-Wildmoos-Präsidentin Andrea Hoch-Samthein.



Schon neugierig auf den Film: Pia und Alexander Prachensky (Werbeagentur comdesign.net).

Orf.at, 6.2.2019

<https://tirol.orf.at/news/stories/2962862/>

Dreierkommission Martinsbühel steht fest

Das Land Tirol hat die Psychotherapeutin Margret Aull mit dem Vorsitz der Dreierkommission Martinsbühel beauftragt. Die Kommission bestehend aus Land, Diözese und Orden soll die Missbrauchsvorwürfe gegen das frühere Mädchenheim aufarbeiten.

Die neu gegründete Kommission soll die vorliegenden Ergebnisse und Berichte zu den Vorgängen in Martinsbühel in ihrer Gesamtheit darstellen und bewerten. Sie werde daher ergänzend zur Arbeit der bereits seit Jahren bestehenden Opferschutzkommissionen des Landes und der Diözese Innsbruck vor allem auch eine historische Aufbereitung der Vorfälle vornehmen, so das Land.

Vorsitzende ist auch Hochschullehrerin

Margret Aull sei eine „renommierte Expertin auf dem Gebiet von Missbrauch und Gewaltschutz“, betonte Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) am Dienstag. Aull lehrt zudem an der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Innsbruck sowie am Institut für Sozialpädagogik in Stams. Die weiteren Mitglieder der Kommission sollen in enger Abstimmung zwischen Land, Diözese und Orden der Benediktinerinnen nominiert werden. Damit werde Expertenwissen aus dem pädagogischen, historischen und kirchlichen Bereich in die Arbeit der Kommission einfließen.

Der Standard, Steffen Arora, 7.2.2019

<https://derstandard.at/2000097693237/Martinsbuehel-Opfer-wollen-bei-Aufarbeitung-mitbestimmen>

Martinsbühel-Opfer wollen bei Aufarbeitung mitbestimmen

Betroffene fühlen sich übergangen und fordern Aufklärung durch unabhängige Experten, Tiroler Volkspartei schweigt weiter zu Kommissionsbesetzung

Innsbruck – Die Opfer von Martinsbühel sind außer sich. "Ich musste gestern noch zu meiner Psychaterin, weil es mich so getroffen hat, das zu lesen", sagt Frau J., die fünf Jahre Martyrium unter den Benediktiner-Nonnen erdulden musste. Grund sind die Aussagen des Benediktiner-Abtes Korbinian Birnbacher in der Donnerstagsausgabe des STANDARD. Er hat die Schilderungen der Opfer, die von sexueller Gewalt und regelrechten Folterpraktiken der Ordensschwester berichten, als "scheinheilig" bezeichnet. Diese Aussage empört die Betroffenen umso mehr, als Birnbacher auf Wunsch von Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) jener Dreierkommission angehört, die vom Land Tirol nun zur "historischen Aufarbeitung" der Vorgänge im Mädchenheim Martinsbühel der Benediktinerinnen eingesetzt wurde.

Abt will "konstruktiv" mitarbeiten

In einer neuerlichen Stellungnahme wies der Abt am Donnerstag darauf hin, dass er sehr wohl "konstruktiv in der Kommission mitarbeiten" wolle. Eine direkte Verantwortung seiner Erzabtei, die nur Eigentümer der Liegenschaft sei, schließt er aber aus. Auslöser für die erneute Bildung einer Kommission waren die Schilderungen von Heidi F., die von 1978 bis 1985 in Martinsbühel war und im STANDARD ihre Erlebnisse schilderte. Auch Heidi F. ist fassungslos ob der Aussagen des Abtes und des Verhaltens der Landespolitik: "Es wird gegen unsere Interessen agiert." Nach dem Artikel hätten sich alle "wie die aufgeschreckten Hühner" verhalten und anscheinend gedacht, mit einer Kommission könne man kalmieren.

Zeit für Verantwortung

"Ich kann das Wort Kommission nicht mehr hören. Es wird wieder nichts passieren", macht F. ihrem Frust Luft. Auch J. hat genug von den Ausflüchten: "Wir erzählen nun schon seit zehn Jahren. Es ist Zeit, endlich jemanden zur Verantwortung zu ziehen." Die Opfer sind sich einig, sie wollen Gerechtigkeit. Und sie verstehen nicht, warum man zwar immer Vertreter der Kirche miteinbezieht, wenn es um die Aufarbeitung geht, sie und ihre Wünsche aber geflissentlich ignoriert. Dass Abt Birnbacher auch noch öffentlich sagte, angesichts bereits erfolgter Entschädigungsleistungen für einen Teil der Opfer müsse auch irgendwann Schluss sein mit dem Thema, empfinden sie als Affront: "Wann Schluss ist, bestimmen wir!"

U-Ausschuss statt Kommission

F. und J. fordern einen Untersuchungsausschuss im Landtag statt einer weiteren Kommission. Doch Juristen bezweifeln, ob dies der geeignete Weg sei, da ein solcher Ausschuss nur den Wirkungsbereich des Landes, aber nicht Einrichtungen Dritter beleuchten könnte. Wobei das Land als damals zuweisende Instanz auch Aufarbeitungsbedarf hat. Andere wie Erwin Aschenwald, der in der Zillertaler Bubenburg des Kapuzinerordens Opfer von Gewalt wurde, fordern, dass Kommissionen mit unabhängigen Experten besetzt werden sollten. Die Regierungspartei ÖVP schweigt indes weiter zu alledem. Die als Kommissionsleiterin genannte Psychotherapeutin Margret Aull ist ebenfalls nicht erreichbar. Nur die grüne Soziallandesrätin Gabriele Fischer meldete sich zu Wort: "Ich stehe auf der Seite der Betroffenen. Diese sind zu hören und anzuerkennen." Vom Benediktinerorden erwarte sie einen "Bewusstseinswandel".

religion.orf.at, 7.2.2019

<https://religion.orf.at/stories/2963292/>

Missbrauch in Martinsbühel: Erzabt verteidigt Nonnen

Der Erzabt der Benediktinerabtei St. Peter in Salzburg, Korbinian Birnbacher, hat sich nun im Fall Martinsbühel in einer Aussendung für eine „seriöse Aufarbeitung“ ausgesprochen. Gegenüber dem „Standard“ sprach er aber über „scheinheilige Vorwürfe“.

In der Donnerstag-Ausgabe zitiert die Tageszeitung den Erzabt damit, dass das Handeln der Ordensfrauen dem „damaligen Standard der Pädagogik“ entsprochen hätte. Die Vorwürfe gegen die Frauen seien daher „scheinheilig“.

Birnbacher erinnerte daran, dass die Kinder, die in dem Heim untergebracht waren, von staatlichen Institutionen zugewiesen worden seien: "Die Gesellschaft hat sich des Problems entsagt, und die armen Schwestern haben sich dessen angenommen. Darüber sei die Gesellschaft damals dankbar gewesen. Es habe zudem nicht nur brutale Schwestern gegeben, sondern auch viele positive Erfahrungen. Die Ordensfrauen hätten „nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt“, so Birnbacher.

Erzabt vermutet „Trittbrettfahrer“

Zu den aktuellen Aufarbeitungsbemühungen äußerte sich der Abt kritisch: „Wenn das alles seit zehn Jahren bekannt ist, warum wurde das nicht längst aufgearbeitet?“. Er sprach zudem davon, dass „Trittbrettfahrer versuchen, finanziell noch etwas herauszuholen“.

Der Erzabt reagierte am Donnerstag auf den Zeitungsbericht mit einer Stellungnahme gegenüber dem Medienbüro der Österreichischen Ordensgemeinschaften, in der er doch auch die Verantwortung der Kirche eingestand und „körperliche, psychische und sexuelle Gewalt“ kritisierte und als „Grenzüberschreitungen und Machtmissbrauch“ bezeichnete.

Gerechtigkeit für Opfer

Birnbacher sprach von einem gesamtgesellschaftlichen Thema, an dem leider auch Kirche und Orden ihren Anteil hätten. „Eine seriöse Aufklärung des Vorgefallenen muss unser aller Anliegen sein“, sagte der Erzabt. Der von Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) einberufenen Dreierkommission zur historischen Aufarbeitung sagte der Erzabt seine volle Unterstützung zu: „Ich möchte konstruktiv in dieser Kommission mitarbeiten, weil die Erzabtei St. Peter als Eigentümerin der Liegenschaft Martinsbühel zwar nicht unmittelbar für die schrecklichen Dinge, die im dortigen Mädchenheim mit angeschlossener Sonderschule vorgefallen sind, verantwortlich zu machen ist, aber ich als Erzabt alles in meiner Macht Stehende tun möchte, damit den Opfern Gerechtigkeit widerfährt.“

Rund 100 Kinder meldeten Misshandlungen

Bis 2008 führten die Benediktinerinnen das Kinderheim Martinsbühel in Zirl. Zwei Jahre später wurden die ersten Vorwürfe von Kindesmisshandlungen bekannt. Die Nonnen sollen Heimkinder sowohl psychisch, physisch, sexuell und seelisch missbraucht haben, berichtete die „Tiroler Tageszeitung“ kürzlich. Seither haben sich rund 100 ehemalige Heimkinder an die Ombudsstelle der Diözese Innsbruck gewandt. Die Berichte wurden an die diözesane Kommission und in weiterer Folge an die von der Kirche beauftragte Unabhängige Opferschutzanwaltschaft weitergeleitet.

Eine Strafanzeige wegen Kindesmisshandlung gab es aber bereits schon 2004, die laut „Der Standard“ wegen Verjährung und mangels Beweisen beziehungsweise aufgrund des Todes oder der Zurechnungsunfähigkeit der Beschuldigten nie zu einem Verfahren führte.

„Lehren ziehen“

Die Empörung seitens vieler Tiroler und Tirolerinnen angesichts des schleppenden Aufarbeitungsprozesses forderte die Landesregierung jetzt heraus, konkrete Schritte zu setzen. Mitverantwortlich dafür machte der Historiker Horst Schreiber, der sich seit längerem mit dem Fall beschäftigte, auch den Orden, der nach wie vor den Zugang zu Archiven und Akten verweigere. Im vergangenen Dezember forderte eine Online-Petition den Tiroler Landtag auf, einen Untersuchungsausschuss in der Causa einzusetzen. Diesem Ansuchen wurde nicht entsprochen - man versicherte jedoch in Folge, Maßnahmen ergreifen und „Lehren ziehen“ zu wollen, wie es seitens der Landesregierung hieß.

Zuletzt kündigte das Land Tirol nun die Einsetzung einer gemeinsamen, mit einem Vertreter der Diözese und des Benediktinerordens besetzte Dreierkommission an, die die Causa Martinsbühel aufarbeiten solle. Die Leitung hat laut „Standard“ die Psychotherapeutin Margret Aull übernommen. Die Vorgangsweise sei mit Bischof Hermann Glettler akkordiert, sagte Landeshauptmann Günther Platter gegenüber der „Tiroler Tageszeitung“. Es dürfe hier kein „Pingpong-Spiel“ geben. Der Orden solle sich beteiligen, „damit wir zu einer raschen Aufklärung kommen“.

Kathpress, 7.2.2019

<https://www.kathpress.at/goto/meldung/1729516/martinsbuehel-abt-spricht-sich-fuer-serioese-aufklaerung-aus>

Martinsbühel: Abt spricht sich für "seriöse Aufklärung" aus

Erzabt der Benediktinerabtei St. Peter will "konstruktiv" in der von Landeshauptmann Platter eingerichteten Kommission zur historischen Aufarbeitung der Missbrauchsfälle in dem früheren Kinderheim mitarbeiten

07.02.2019, 13:29 Uhr Österreich/Kirche/Missbrauch/Justiz/Martinsbühel
Salzburg-Innsbruck, 07.02.2019 (KAP)

Der Erzabt der Benediktinerabtei St. Peter in Salzburg, Korbinian Birnbacher, hat sich im Fall Martinsbühel für eine "seriöse Aufarbeitung" der Vorfälle ausgesprochen. Körperliche, psychische und sexuelle Gewalt seien immer Grenzüberschreitungen und Machtmissbrauch. Birnbacher sprach von einem gesamtgesellschaftlichen Thema, an dem leider auch Kirche und Orden ihren Anteil hätten. "Eine seriöse Aufklärung des Vorgefallenen muss unser aller Anliegen sein", sagte der Erzabt in einer Stellungnahme gegenüber dem Medienbüro der Österreichischen Ordensgemeinschaften.

Der von Landeshauptmann Günther Platter einberufenen Dreierkommission zur historischen Aufarbeitung sagte der Erzabt seine volle Unterstützung zu: "Ich möchte konstruktiv in dieser Kommission mitarbeiten, weil die Erzabtei St. Peter als Eigentümerin der Liegenschaft Martinsbühel zwar nicht unmittelbar für die schrecklichen Dinge, die im dortigen Mädchenheim mit angeschlossener Sonderschule vorgefallen sind, verantwortlich zu machen ist, aber ich als Erzabt alles in meiner Macht Stehende tun möchte, damit den Opfern Gerechtigkeit widerfährt." Der Erzabt reagierte damit auf einen in der aktuellen Ausgabe der Tageszeitung "Der Standard" (Donnerstag) erhobenen Vorwurf, er zweifle die Opferaussagen an.

Bis 2008 führten die Benediktinerinnen das Kinderheim Martinsbühel in Zirl. Zwei Jahre später wurden die ersten Vorwürfe von Kindesmisshandlungen bekannt. Die Nonnen sollen Heimkinder sowohl psychisch, physisch, sexuell und seelisch missbraucht haben, berichtete die "Tiroler Tageszeitung" kürzlich. Seither haben sich rund 100 ehemalige Heimkinder an die Ombudsstelle der Diözese Innsbruck gewandt. Die Berichte wurden an die diözesane Kommission und in weiterer Folge an die von der Kirche beauftragte Unabhängige Opferschutzanwaltschaft weitergeleitet. Eine Strafanzeige wegen Kindesmisshandlung gab es aber bereits schon 2004, die laut "Standard" wegen Verjährung und mangels Beweisen beziehungsweise aufgrund des Todes oder der Zurechnungsunfähigkeit der Beschuldigten nie zu einem Verfahren führte.

Die Empörung seitens vieler Tiroler und Tirolerinnen angesichts des schleppenden Aufarbeitungsprozesses forderte die Landesregierung jetzt heraus, konkrete Schritte zu setzen. Mitverantwortlich dafür machte der Historiker Horst Schreiber, der sich seit längerem mit dem Fall beschäftigte, auch den Orden, der nach wie vor den Zugang zu Archiven und Akten verweigere. Im vergangenen Dezember forderte eine Online-Petition den Tiroler Landtag auf, einen Untersuchungsausschuss in der Causa einzusetzen. Diesem Ansuchen wurde nicht entsprochen - man versicherte jedoch in Folge, Maßnahmen ergreifen und "Lehren ziehen" zu wollen, wie es seitens der Landesregierung hieß.

Zuletzt kündigte das Land Tirol nun die Einsetzung einer gemeinsamen, mit einem Vertreter der Diözese und des Benediktinerordens besetzte Dreierkommission an, die die Causa Martinsbühel aufarbeiten solle. Die Leitung hat laut "Standard" die Psychotherapeutin Margret Aull übernommen. Die Vorgangsweise sei mit Bischof Hermann Glettler akkordiert, sagte Landeshauptmann Günther Platter gegenüber der "Tiroler Tageszeitung". Es dürfe hier kein "Pingpong-Spiel" geben. Der Orden solle sich beteiligen, "damit wir zu einer raschen Aufklärung kommen

Land Tirol, 8.2.2019

<https://www.tirol.gv.at/presse/meldungen/meldung/artikel/kommissionsmitglieder-der-dreier-kommission-martinsbuehel-stehen-fest/>

Kommissionsmitglieder der „Dreier-Kommission“ Martinsbühel stehen fest

Die Mitglieder der Dreier-Kommission wurden in enger Abstimmung von den drei Institutionen Land Tirol, Diözese und Orden entsandt.

Kommissionsmitglieder der „Dreier-Kommission“ Martinsbühel stehen fest Mit Beschluss der Tiroler Landesregierung vom 29.1.2019 wurde in Abstimmung mit der Diözese Innsbruck die Einrichtung einer unabhängigen Dreier-Kommission zur restlosen Aufklärung der Vorfälle in Martinsbühel angeregt. Nachdem vor wenigen Tagen bereits die Vorsitzführung durch die Psychotherapeutin und Supervisorin Dr.in Margret Aull bekannt gegeben wurde, stehen nun auch die weiteren Mitglieder der Kommission fest.

So werden Univ.-Prof. Mag. Dr. Dirk Rupnow, Historiker am Institut für Zeitgeschichte und Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Innsbruck, die Kinder- und Jugendanwältin Mag.a Elisabeth Harasser, der Leiter des Diözesanarchivs Dr. Martin

Kapferer, der Vorsitzende der unabhängigen Diözesankommission für Opferschutz und Ltd. Oberstaatsanwalt i.R. Dr. Eckart Rainer sowie die Pädagogin Sr. Judit Nötstaller SSND (School Sisters of Notre Dame) ihre Fachexpertisen in die Kommission einbringen.

Die Mitglieder der Dreier-Kommission wurden in enger Abstimmung von den drei Institutionen Land Tirol, Diözese und Orden entsandt. Aufgabe der Kommission wird es sein, die bereits vorliegenden Informationen, Erkenntnisse und Ergebnisse zusammenzutragen, zu sichten und vor allem hinsichtlich des Benediktinerinnen-Ordens zu ergänzen. Im Ergebnis sollen eine Gesamtschau sämtlicher Erkenntnisse und eine Bewertung im historischen Kontext sowie weiterführende Empfehlungen zur Prävention und Verhinderung von Missbrauchsfällen erfolgen. Die Mitglieder der Kommission sind bei der Ausübung ihrer Tätigkeit der Verschwiegenheit verpflichtet.

Aktuell wird gerade der Termin für die konstituierende Sitzung abgestimmt. Dieser wird zeitnah bekannt gegeben. Einen ersten Zwischenbericht zu ihrer Tätigkeit will die ExpertInnenkommission im Sommer 2019 vorlegen. Sollten im Zuge des Aufklärungsprozesses weitere Fachexpertisen benötigt werden, so werden die